

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 06

LANDWIRTSCHAFT

Wiederherstellung und
Schutz von fruchtbarem
Land erforderlich

DEMOKRATIE

Strategien im Umgang
mit autokratischem
Populismus

COVID-19

Warum WHO und Indien
über Pandemiezahlen
streiten



Wetterextreme

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Weshalb Extremwetterlagen heute nicht mehr als „Naturkatastrophen“ gelten können

Magazin

- 4 **CHIMEZIE ANAJAMA**
UN-Organisation: Jahr für Jahr verliert die Menschheit Land
- 5 **E+Z/D+C**
Globales Bündnis für Ernährungssicherung
- 6 **MAREIKE ILSEMANN**
Hilfe für Forschende aus Ukraine, Afghanistan und Russland
- 8 **ALINE BURNI UND NIELS KEIJZER**
Entwicklungspolitik muss sich dem fortdauernden Trend zur Autokratisierung stellen
- 10 **HANS DEMBOWSKI**
Wie superreiche Menschen ticken
- 11 **INTERVIEW MIT THOMAS FESTERLING**
Welche Investments junge afrikanische Firmen brauchen
- 13 **DERRICK SILIMINA / IMPRESSUM**
Heutzutage: Betrug bei mobilem Bezahlen in Sambia

Debatte

- 15 **VIRGINIA MERCADO**
Mexikos „feministische“ Außenpolitik
- 16 **SUPARNA BANERJEE**
Indien und WHO streiten über Zahl der Coronatoten

- 17 **CHARLES MARTIN-SHIELDS**
Was es bedeutet, wenn der Milliardär Elon Musk wie angekündigt Twitter kauft

Schwerpunkt: Wetterextreme

- 20 **MARJORIE PONS PIÑEYRO**
Wegen der globalen Erwärmung wachsen die Hurrikan-Gefahren in der Karibik
- 22 **MD BODRUD-DOZA**
Bangladesch hat bemerkenswerte Fortschritte beim Katastrophenschutz gemacht
- 24 **IMRAN MUKHTAR**
Wegen der Klimakrise ging Pakistans Baumwollproduktion in den vergangenen zehn Jahren um fast die Hälfte zurück
- 26 **MIREILLE KANYANGE**
Burundi verzeichnet wegen Klimakrise bereits zehntausende Binnenvertriebene
- 27 **CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA**
Angesichts anhaltender Dürre braucht es am Horn von Afrika gute Konzepte, um Leben zu retten und Resilienz zu stärken
- 29 **STEFAN BEIERL**
Soziale Sicherungssysteme können gegen Klimarisiken absichern und Klimaschutz sozial gerechter machen
- 31 **WOLF R. DOMBROWSKY**
Welche Lehren der deutsche Katastrophenschutz aus der Flut im Ahrtal ziehen sollte
- 33 **MAHWISH GUL**
Fachliteratur: UNEP dringt auf schnelles Handeln für Klimaschutz

SCHWERPUNKT

Wetterextreme


Katastrophen wie schwere Stürme, Starkregen, lange Dürren oder intensive Hitzeperioden bedrohen Lebensgrundlagen und den sozialen Frieden. Klimaanpassung ist in allen Weltregionen dringend nötig. Physische und soziale Infrastruktur müssen stärker werden. Ohne entschlossenen Klimaschutz werden die Probleme jedoch so eskalieren, dass Klimaanpassung auf Dauer nirgends gelingen kann.

Titelseite: Folgen anhaltender Dürre in einem Maisfeld in Kenia, März 2022.

Foto: picture-alliance/Xinhua News Agency/Dong Jianghui





 **Wiederaufbau im Ahrtal nach der Flutkatastrophe 2021. Unser Schwerpunkt zum Thema Wetterextreme beginnt auf Seite 19. Er hat Bezüge zu allen UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs).**

ten Schutz durch private Versicherungen. Soziologen sprechen von funktionaler Differenzierung. Sie ermöglicht die Bereitstellung von vielfältigen öffentlichen und privaten Gütern. Modernisierung in diesem Sinn verbessert die Lebensqualität.

Ungebremstes Wirtschaftswachstum ist jedenfalls nicht das Ziel. Ohne konsequenten Klimaschutz kann Klimaanpassung nirgends gelingen. Wenn die Durchschnittstemperaturen weltweit weiter steigen, wird das, was wir heute als Wetterextreme empfinden, normal werden – und neue Extreme werden uns erschüttern. Die Auswirkungen werden verheerend sein. Ernteausfälle werden beispielsweise Inflation und Not anheizen, ohne dass Zentralbanken etwas dagegen tun könnten. Fest steht aber jetzt schon, dass solche Trends nicht „natürlich“ sein werden.

Keine Ausreden

Wenn Extremwetterlagen – starke Stürme, heftiger Regen oder lange Dürren – Schäden verursachen, ist es immer noch üblich, von „Naturkatastrophen“ zu sprechen. Der Begriff stimmt aber nicht mehr. „Natur“ bedeutet im Kern „von Menschen unbeeinflusst“, und der Klimawandel ist menschengemacht. Er verursacht häufigere und intensivere Extremwetterlagen. Hurrikane und Zyklone gehen heute meist mit mehr Regen einher als früher. Am Horn von Afrika gab es in der Vergangenheit alle zehn Jahre eine Dürre – nun ringt die Region mit dem dritten trockenen Jahr in Folge.

In ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht „State of the Global Climate 2021“ listet die World Meteorological Organization folgeschwere, vom Wetter bedingte Ereignisse in den folgenden Kategorien auf: Hitzewellen und Waldbrände, Kälte und Schnee, Hochwasser, Dürre, tropische Wirbelstürme und schwere Stürme. Der ganze Planet ist betroffen. Zwar ist nicht jede Hitzephase oder jeder Schneesturm katastrophal, aber die Schäden und Verluste nehmen zu.

Das UN Office for Disaster Risk Reduction teilte im April mit, die Menschheit erlebe derzeit 350 bis 500 mittlere bis große Katastrophen im Jahr. Voraussichtlich werde die Zahl bis 2030 auf 560 steigen – also auf 1,5 Disaster pro Tag.

Klimaschutz und Klimaanpassung haben deshalb höchste Priorität. Treib-

hausgas-Emissionen befeuern die Krise. Die Hauptverantwortung tragen Länder mit hohem Einkommen, aber China und andere Schwellenländer holen rasant auf. Ob reich oder arm – jeder Staat muss auf nachhaltige Energie umsteigen.

In Klimafolgen besonders ausgesetzten Gegenden müssen Staat und Zivilgesellschaft derweil gefährdeten Gemeinschaften helfen, sich auf Extremwetterlagen einzustellen. Wo Siedlungen zu nah an Flussufern gebaut werden, spülen Hochwasser irgendwann Hütten und Häuser davon. Wo zu viel Grundwasser verbraucht wird, wirken sich Dürren schlimmer aus. Wo Monokulturen vielfältige Ökosysteme verdrängen, richten Stürme größere Schäden an.

Die Widerstandskraft von Individuen, lokalen Gemeinschaften und ganzen Nationen hängt ab von guter Planung, kluger Politik und nachhaltiger Wirtschaftstätigkeit. Darauf muss Entwicklung hinauslaufen. Wie ich vor zwei Monaten an dieser Stelle ausführte, sind relative Sicherheit und Wohlstand in Ländern mit hohem Einkommen nicht einfach das Resultat hoher Kaufkraft. Es kommt entscheidend darauf an, wie Gesellschaften organisiert sind. Staat, Privatwirtschaft, Forschung, Recht und andere soziale Systeme müssen dynamisch zusammenwirken. Dann gibt es starke Infrastruktur, mehr Erwerbschancen, bessere soziale Sicherung und breit genutz-



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit /D+C
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Reinold E. Thiel ist am 23. April 2022 im Alter von 88 Jahren in Bürvenich verstorben. Er war von Ende 1991 bis Ende 2003 Chefredakteur

von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit. Er machte aus der Publikation, die PR-Zwecken gedient hatte, eine viel beachtete Fachzeitschrift. Das entsprach dem Wunsch der damaligen Herausgebergesellschaft Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), deren Leitung ein kontroverses Diskussionsforum vorschwebte. Thiel vollzog den Wandel so erfolgreich, dass 2003 D+C Development and Cooperation zum identischen englischen Zwilling gemacht wurde. Thiels inhaltliche Kompetenz beruhte ebenso auf seinem großen Interesse an der Entwicklungsforschung wie jahrzehntelanger Praxiserfahrung in Westafrika und dem Nahen Osten. Als meinungsstarker Autor scheute er Kontroversen nicht, fühlte sich aber immer Fakten und empirischer Evidenz verpflichtet.

UNCCD

Fruchtbares Land wiederherstellen

Die Menschheit muss dringend Maßnahmen ergreifen, um fruchtbaren Boden wiederherzustellen und zu schützen. Das ist die Kernaussage des zweiten Global Land Outlook, des Berichts einer UN-Organisation.

Von Chimezie Anajama

Die kürzlich veröffentlichte Publikation des UN-Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD – UN Convention to Combat Desertification) fordert ehrgeizige Verpflichtungen der Regierungen und internationale Finanzmittel. Die Autoren warnen, dass nicht nur die globale Ernährungssicherheit gefährdet ist, sondern dass Landprobleme auch die Klimakrise verschärfen. Handlungsbedarf bestehe besonders in Afrika südlich der Sahara. UNCCD ist eine Schwesterorganisation der UN-Klimarahmenkonvention und der UN-Konvention über die biologische Vielfalt. Alle drei wurden 1992 auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro verabschiedet.

Aufgrund nicht nachhaltiger wirtschaftlicher Aktivitäten könnten bis zur Jahrtausendwende 300 Millionen Hektar Nutzfläche verloren gehen, warnen die UNCCD-Experten. Sie gehen davon aus, dass jedes Jahr bis zu 30 Millionen Quadrat-

kilometer verloren gehen. Das führt zu mehr Hunger, größerer Armut, mehr Ungleichheit und ressourcenbedingten Konflikten. Laut dem Bericht ermöglichen Land-Ressourcen (einschließlich Boden, Grundwasser und biologische Vielfalt) derzeit wirtschaftliche Aktivitäten im Wert von jährlich 44 Billionen Dollar. Das entspricht etwa der Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts.

Die Verschlechterung der Bodenqualität und die Klimakrise verstärken sich gegenseitig. Wüstenbildung und Dürre betreffen 3 Milliarden Menschen auf der ganzen Welt, wobei Frauen, Kinder und Jugendliche am meisten leiden.

Die zentralen Herausforderungen, so die Autoren, sind die Übernutzung und der Missbrauch von Land-Ressourcen. Falsche wirtschaftliche Anreize führen zu Investitionen, die Land und Natur zerstören, nicht nur in der Land- und Forstwirtschaft, sondern auch im Bergbau, in der Infrastrukturentwicklung und Urbanisierung. Regierungspolitik ist oft destruktiv, ebenso wie die Verbrauchernachfrage, wie das UN-Dokument betont.

Die landwirtschaftlichen Betriebe sind ein Teil des Problems, denn die Nahrungsmittelproduktion treibt häufig die Verschlechterung der Bodenqualität voran.

Etwa 80 Prozent der weltweiten Entwaldung wird auf Landwirtschaft zurückgeführt. Sie verbraucht auch etwa 70 Prozent der Süßwasserressourcen und erzeugt 29 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Die Autoren weisen darauf hin, dass einige vermeintlich moderne Praktiken nicht nachhaltig sind, darunter großflächige, intensive Monokulturen oder industrielle Viehzucht.

Auch die Zerstörung von Wäldern führt zu erheblichen Treibhausgasemissionen. Dem Bericht zufolge sind zwischen 2000 und 2015 125 Millionen Hektar Wald und Grasland verloren gegangen. Bis zum Jahr 2050 dürften bei den derzeitigen Trends weitere 300 Millionen Hektar zu Brachland werden. Die Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion wären verheerend.

VERBESSERUNGEN SIND MÖGLICH

Es muss aber nicht so weitergehen. Der UNCCD-Bericht spricht sich für eine Neugestaltung der heutigen Lebensmittelsysteme aus. Darin heißt es, dass mehr pflanzliche Ernährung, eine umweltfreundlichere Landwirtschaft und regenerativer Landbau dazu beitragen werden, fruchtbares Land wiederherzustellen und die Widerstandsfähigkeit der Menschen zu stärken.

Auch die Stadtplanung ist wichtig. Vielerorts greift die Bebauung in die natürliche Umwelt ein. Die UNCCD-Experten gehen davon aus, dass bis zur Jahrtausendwende 6,7 Milliarden Menschen in städtischen Gebieten leben werden – mehr als doppelt so viele wie heute. Eine unzureichende Stadtplanung kann die Bodenprobleme verschärfen. Es kann zu Überschwemmungen kommen, die Menschen gefährden und Bodenerosion verstärken. Verstädterung führt auch oft zur Übernutzung des Grundwassers. Die Autoren weisen darauf hin, dass städtische Begrünung und Reformen der Bodenordnung auch in Städten ein ökologisches Gleichgewicht wiederherstellen können.

In den Augen der UNCCD-Experten hat die Covid-19-Pandemie dazu beigetragen, dass die politischen Entscheidungsträger die Wiederherstellung von Land neu bewerten. Die Gesundheit von Mensch, Tier und Ökosystem sind so eng miteinander verknüpft, dass Experten von „One Health“ sprechen. Covid-19 ist eine Zoonose, eine



**Bäuerin in Uganda:
Frauen leisten den
größten Teil der
landwirtschaftlichen
Arbeit in Afrika.**

Krankheit, die von Fledermäusen auf Menschen übertragen wurde. Solche Ereignisse werden wahrscheinlicher, wenn die Ökosysteme aus dem Gleichgewicht geraten. Das zeigt, dass die Wiederherstellung der Bodenqualität einen ganzheitlichen Nutzen hat, der über die Nahrungsmittelproduktion hinausgeht. Eine gesunde Umwelt kommt der Resilienz lokaler Gemeinschaften zugute.

Die Landbewirtschaftung muss außerdem sicherstellen, dass die Grundrechte der Menschen geachtet werden. Die Menschen nutzen das Land für ihren Lebensunterhalt, und ihre Lebensgrundlagen verdienen es, geschützt zu werden, argumentieren die Autoren. Indigene Völker sind besonders gefährdet. Andererseits haben sie und andere marginalisierte Gemeinschaften bewiesen, dass sie wichtige Partner für den Schutz und die Wiederherstellung von Land-Ressourcen sind.

Es gibt auch einen geschlechtsspezifischen Aspekt. In vielen Entwicklungsländern verrichten Frauen den Großteil der landwirtschaftlichen Arbeit. Sie sind von der Landdegradation besonders betroffen.

Die UNCCD-Autoren dringen daher darauf, dass sie einbezogen werden.

Globale Zusammenarbeit ist der Weg nach vorn, so der Bericht. Die Ökosysteme müssen wiederhergestellt werden, damit die Menschheit eine gute Zukunft genießen kann. Es gibt zwar multilaterale Abkommen und Partnerschaften, aber die Autoren sehen eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Sie fordern, dass die Regierungen und andere Parteien ihrer Verantwortung gerecht werden, was auch die Bereitstellung von öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) einschließt.

Doch nicht alle guten Absichten führen zu guten Ergebnissen. Nach Ansicht der Autoren ist es falsch, sich nur auf schnell wachsende Pflanzen zu konzentrieren, um Wälder und andere Ökosysteme in Asien, Afrika und Lateinamerika zu regenerieren. Dieser Ansatz führt zu schlechteren Ökosystemen, die weniger in der Lage sind, Kohlenstoff zu speichern, das Grundwasser aufzufüllen und als Lebensraum für Wildtiere zu dienen.

Der Global Land Outlook ist der zweite seiner Art, der erste wurde 2017 veröffentlicht. Die aktuelle Ausgabe bewertet das globale Szenario, berücksichtigt aber auch verschiedene internationale Initiativen zur Verbesserung der Situation, wie zum Beispiel die UN-Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen von 2021 bis 2030 oder die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Die Botschaft lautet, dass entschlossenes Handeln einen Unterschied machen kann.

LINK

UN Convention to Combat Desertification, 2022: Global Land Outlook 2.

<https://www.unccd.int/resources/global-land-outlook/glo2>



CHIMEZIE ANAJAMA
ist derzeit Praktikantin bei E+Z/D+C. Sie hat vor Kurzem ihren Masterabschluss in Entwicklungsmanagement an der Ruhr Universität Bochum gemacht.

vivienchime@gmail.com

Twitter: @mschimezie

Es geht darum, eine agile und multilaterale Plattform zu schaffen, wie das auch in der Corona-Pandemie geschah. An Bord

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Neues Bündnis

Im Kampf gegen den Hunger tut sich die G7 – die Gruppe der sieben größten Industrienationen – mit internationalen Partnern zusammen. Aus Sicht von Svenja Schulze, der Bundesministerin für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, droht die „schwerste Hungersnot seit dem Zweiten Weltkrieg“.

Mitte Mai haben die für Entwicklung zuständigen Minister und Ministerinnen der G7-Staaten zusammen mit anderen internationalen Führungspersonlichkeiten bei einem Treffen in Berlin ein neues Bündnis für Ernährungssicherheit beschlossen: die „Global Alliance for Food Security“. Einem gemeinsamen Statement von Schulze und Weltbankpräsident David Malpass zufolge ringt die Weltgemeinschaft derzeit mit mehreren, sich überschneidenden Krisen. Dazu gehören unter anderem Russlands Angriffs-

krieg in der Ukraine, Auswirkungen der Corona-Pandemie, aktuelle ökonomische Unsicherheiten, unterbrochene Lieferketten sowie gravierende Dürren. Am schwersten betroffen seien die ärmsten und verwundbarsten Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Im April hatte sich Schulze bei der Frühjahrstagung von Weltbank und Währungsfonds in Washington für die Gründung solch eines internationalen Bündnisses ausgesprochen. Sie unterbreitete den Vorschlag im Schulter-schluss mit Malpass sowie dem Direktor des World Food Programme (WFP), David Beasley, und der indonesischen Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati. Indonesien hat in diesem Jahr den Vorsitz in der G20 und Deutschland in der G7. Folglich haben beide Länder derzeit noch größeren internationalen Einfluss als sonst.



Bundesministerin Svenja Schulze.

waren zum Zeitpunkt des Berliner Treffens neben den G7, der Weltbank und dem WFP auch die EU-Kommission, die UN Global Crisis Response Group, Norwegen, Dänemark, die Afrikanische Union und der International Fund for Agricultural Development (IFAD). Weitere Institutionen – auch aus Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft – sind willkommen.

Auf dem Weltmarkt sind Lebensmittelpreise nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine im Februar schnell gestiegen (siehe Claudia Isabel Rittel in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2022/04). Beide Länder waren zuvor wichtige Getreideexporteure. Angesichts steigender Preise haben seither mehrere Länder Getreideausfuhren gestoppt und damit die Weltmarktprobleme weiter verschärft. Schulze hat dem

russischen Präsidenten Wladimir Putin vorgeworfen, er nutze Hunger als Waffe.

Kurzfristig geht es nun darum, wie es in dem Statement von Schulz und Malpass heißt, Maßnahmen in den kommenden Monaten abzustimmen. Zentrale Bedeutung hätten dabei

- die bessere Versorgung mit Nahrung, Dünger und Treibstoff,
- der Abbau von Handelsschranken und
- Finanzhilfen zur Linderung von Krisenfolgen.

Weltweite Ernährungssicherheit werde aber fortdauernde Verpflichtungen erfordern, heißt es in dem Papier, das entsprechend auch langfristige Ziele formuliert. Es sei nötig, die Widerstandskraft von Ländern angesichts aktueller Risiken und künftiger Herausforderungen wie dem Klimawandel

zu stärken. Die neue Allianz soll die Lebensmittelversorgung stärken und den graduellen Wandel zur nachhaltigen Landwirtschaft voranbringen.

Als Teil ihrer Klimapolitik haben die G7 zudem vereinbart, weitere Energiewende-Partnerschaften mit Entwicklungsländern einzugehen. Sie bekräftigten auch hier Interesse an Länderpartnerschaften, um öffentliche und private Mittel für nachhaltige und klimaresiliente Infrastruktur zu mobilisieren. Erstmals in einer Abschlusserklärung bekannten sie sich zudem zu mehr Engagement im Bereich der Klimaschäden und -verluste. Als wichtig bezeichnet werden in diesem Zusammenhang sowohl Privatversicherungen als auch staatliche soziale Sicherung (siehe Stefan Beierl auf S. 29). E+Z/D+C

UKRAINE

Schnelle flexible Krisenhilfe

In der aktuellen Ukraine-Krise gelang es der Philipp Schwartz-Initiative (PSI), schnell und flexibel zu reagieren. Aber auch afghanische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind mehr denn je auf Hilfe angewiesen.

Von Mareike Ilsemann

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine zeigte sich, wie stark das Netzwerk der Unterstützung für gefährdete und geflohene Forschende in Deutschland ist. Innerhalb

weniger Tage meldeten sich rund 200 Personen aus dem deutschen Wissenschaftsbetrieb, die bereit waren, geflohene Forschende aufzunehmen.

Dank der Unterstützung der Carl-Zeiss-Stiftung und der Verlagsgruppe Springer Nature konnte der Philipp Schwartz-Notfonds eingerichtet werden, aus dem 40 ukrainische Wissenschaftlerinnen im Rahmen der Philipp Schwartz-Initiative schnelle Hilfe in Form eines sechsmonatigen Stipendiums erhielten. In den nächsten

drei Jahren rechnet die Stiftung aufgrund des erhöhten Förderbedarfs mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von rund 23 Millionen Euro. Es ist zu erwarten, dass sich auch gefährdete russische Forschende bewerben.

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ist die Lage im Land gerade für Frauen in der Wissenschaft katastrophal. Es gelang der Philipp Schwartz-Initiative, in kürzester Zeit eine Brückenförderung für Forschende aus Afghanistan einzurichten. Unter den 20 Geförderten sind sieben Wissenschaftlerinnen, die im Rahmen dieser Förderung nun in Sicherheit ihren akademischen Weg fortsetzen können.

Die PSI plant einen weiteren Ausbau der Förderinstrumente, um flexibel auf akute Krisenherde reagieren zu können. Ziel der Auswahl und der Förderung ist es dabei immer, nachhaltige Perspektiven für die PSI-Fellows in Deutschland zu schaffen. MI



Ankunft von ukrainischen Flüchtlingen im März 2022.

LINK

Philipp Schwartz-Initiative:
<https://www.humboldt-foundation.de/bewerben/foerderprogramme/philipp-schwartz-initiative>



MAREIKE ILSEMANN ist Pressereferentin bei der Alexander von Humboldt-Stiftung. Schwartz-Initiative@avh.de



Conference 2022

Addressing Fragility and Conflict in Developing Countries

1-2 SEPTEMBER, 2022 IN KAMPALA, UGANDA

Fragility and conflict are a significant challenge to development and constrain efforts to achieve poverty reduction and sustainable development. Conflicts have severely stunted economic growth in many low income countries and continue to be one of the leading causes of humanitarian crises.

The PEGNet Conference 2022 will provide a platform for development scholars, practitioners and policy-makers to reflect on leading research on conflict, fragility as well as other topics in development economics that are related to the poverty-inequality nexus. For more information on the PEGNet conference, please refer to <https://www.pegnet.ifw-kiel.de/conferences>.

Call for Papers

We invite submissions of three-page abstracts that focus on fragility, conflict and other policy-relevant topics in development economics. Priority will be given to empirical research with clear implications for policy design and implementation. Papers submitted through the call for papers will be presented in the parallel or poster sessions. The submission deadline for abstracts is 15 June, 2022. The email should indicate "PEGNet Conference 2022 – Paper Submission" in the subject heading. Notification of acceptance will be sent out by beginning of July 2022. The deadline for full paper submission is 31 July, 2022.

PEGNet Best Practice Award

Furthermore, PEGNet will award the PEGNet Best Practice Award worth € 3000 for the 12th time to a project that exemplifies cooperation between development researchers and practitioners. At the conference, the winner of the Best Practice Award will get the opportunity to present the project to an international audience of researchers, practitioners and policy makers. All projects that fall within the nexus of poverty reduction, equity and growth are invited to apply. The call for submissions will be open until 30 June, 2022. Please send a three-page project summary to pegnet@ifw-kiel.de. The email should indicate "PEGNet BPA 2022" in the subject heading.

www.pegnet.ifw-kiel.de



Keine Demokratieförderung: Präsident Xi Jinping mit Gästen beim Afrika-Gipfel in Peking 2018.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Mit Diktatoren richtig umgehen

Autokratien sind weltweit auf dem Vormarsch. Um diesen Trend zu stoppen, müssen westliche Demokratien sowohl vor der eigenen Haustüre kehren als auch Demokratien in Entwicklungsländern fördern.

Von Aline Burni und Niels Keijzer

Schon vor dem Krieg in der Ukraine war es eine große Herausforderung, internationale Zusammenarbeit und Demokratieförderung voranzubringen. Die Coronapandemie hat viele Fortschritte zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zum Stillstand gebracht oder sogar rückgängig gemacht. Für politische Entscheidungsträger und Entwicklungsorganisationen hatte der Gesundheitsnotstand oberste Priorität. Zugleich setzte sich eine bereits seit 20 Jahren andauernde Phase des demokratischen Rückschritts fort. In einigen Regionen wurde diese Entwicklung durch die Pandemie sogar beschleunigt.

In Libyen und im Jemen verschärften sich Konflikte. Andere flammten wieder auf,

etwa in Äthiopien und Aserbaidschan. In Afghanistan sind die Taliban nach dem Abzug des Westens wieder an der Macht. In Guinea, Mali, im Tschad und zuletzt in Burkina Faso kam es zu Militärputschen.

Darüber hinaus sind autoritäre Populisten in westlichen Ländern erstarkt. Obwohl Donald Trump in den USA nicht wiedergewählt wurde, hat er ein besorgniserregendes Erbe hinterlassen: Die Republikaner tun, was sie können, um Minderheiten das Wählen zu erschweren; die Lüge, Präsident Joe Biden habe die Wahl gestohlen, wird weiter verbreitet; und die Drahtzieher des Sturms auf das Kapitol am 6. Januar 2021 genießen immer noch Straffreiheit. Eine Minderheitsregierung in den USA wird immer wahrscheinlicher. Zudem sind auch in den EU-Mitgliedsstaaten Ungarn und Polen demokratische Rückschritte zu verzeichnen.

Die internationale Entwicklungspolitik der westlichen Länder zielt auf Demokratieförderung ab. Doch Autokraten auf der ganzen Welt demontieren demokratische Abläufe, Institutionen und Freiheiten.

Dieser Trend wirft grundlegende Fragen zur Rolle der Entwicklungszusammenarbeit auf: Bis zu welchem Punkt ist eine Zusammenarbeit mit Autokratien angemessen? Was sollte die Politik anders machen?

Die Autokratisierung eines Landes beginnt oft mit Maßnahmen zur Kontrolle der Medien und zur Einschränkung der akademischen Freiheit sowie der Zivilgesellschaft. Autokratische Kräfte wollen polarisieren. Sie behandeln Kritiker respektlos und stempeln sie als Feinde ab. Sobald sie im Amt sind, nutzen aufstrebende Autokraten den Regierungsapparat, um Falschinformationen zu verbreiten und die Opposition zu diskreditieren. In der Regel gehen sie dann dazu über, formale Institutionen zu untergraben, einschließlich Justiz und Wahlsystem.

Zeichnen sich in einem Partnerland demokratische Rückschritte ab, haben westliche Regierungen im Wesentlichen drei Möglichkeiten. Sie können:

- sich einigen und auf bestimmte Auflagen bestehen,
- Lösungen finden, die das Problem umgehen, oder
- die Zusammenarbeit einstellen.

Diese Fragen betreffen längst nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit, das zeigen die seit Beginn des Ukrainekriegs gegen Russland verhängten Sanktionen. Da westliche Regierungen ihre internationale Entwicklungspolitik seit drei Jahrzehnten auf Demokratieförderung ausgerichtet haben, ist dieser Bereich jedoch besonders betroffen. Er kann und sollte eine wichtige Rolle beim Schutz der Demokratie spielen. Dabei gilt es aber, etablierte Ansätze immer wieder kritisch zu hinterfragen.

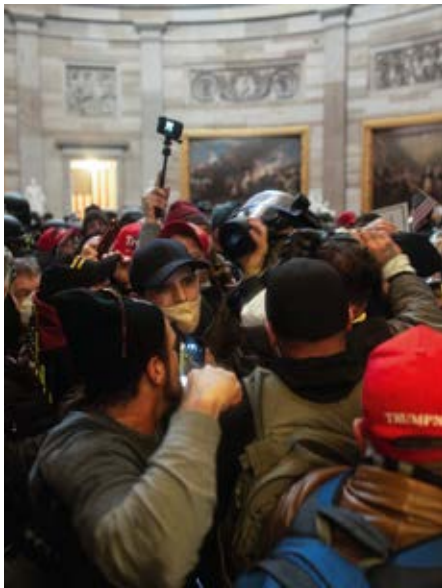
KONDITIONALITÄTEN

Oft wird Entwicklungszusammenarbeit an demokratische Maßnahmen geknüpft. Das Problem: Es ist schwierig, auf solchen Bedingungen – sogenannten Konditionalitäten – zu bestehen. Sanktionen zu verhängen, erfordert einen starken politischen Willen, eine konsequente Anwendung der Regeln und eine genaue Beobachtung der politischen Dynamik im Partnerland. Das ist eine große Herausforderung – selbst dann, wenn die Bedingungen für die Zusammenarbeit in förmlichen Vereinbarungen mit der Partnerregierung festgelegt sind.

Sanktionen eignen sich etwa als kurzfristige Reaktion auf einen Militärputsch,

mit ihnen lassen sich Forderungen nach einer zivilen Regierung und freien Wahlen untermauern. Als Reaktion auf den Trend zu autokratischer Herrschaft sind sie allerdings weniger wirksam. Ein großes Risiko besteht darin, dass internationale Institutionen ihre Bedingungen nicht konsequent genug einfordern. So werden Sanktionen zu leeren Drohungen. Vieles hängt ab von der Bereitschaft der Geberregierungen, eine gemeinsame Politik nachhaltig und koordiniert zu verfolgen.

Wo Demokratie ins Straucheln gerät, reicht kein „Weiter-so“. Laufen Programme weiter, kann das Autokraten stärken. Ande-



Aufstand in Washington am 6. Januar 2021.

rerseits kann Entwicklungszusammenarbeit durchaus etwas bewirken, etwa wenn sie Institutionen fördert, die ein Mindestmaß an demokratischer Legitimität haben.

„UMGEHUNGSLÖSUNGEN“

Wenn die Autokratisierung ein bestimmtes Maß erreicht hat, kann es sinnvoll sein, die nationale Regierung zu umgehen. Die Idee dahinter ist, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen zurückzufahren und stattdessen direkt subnationale Behörden oder zivilgesellschaftliche Organisationen zu adressieren.

Die Wirksamkeit dieses Ansatzes hängt davon ab, wie viel Kontrolle die Regierung hat und wie schlimm die Repressionen

sind. Wo der Staat „überall“ ist oder wo zivilgesellschaftliche Organisationen keine externe Finanzierung annehmen dürfen, wird er kaum funktionieren. Generell hängt die Wirksamkeit solcher „Umgehungslösungen“ davon ab, wie viel Spielraum die Zivilgesellschaft noch hat und wie sehr sich die Partnerorganisationen für Demokratie einsetzen. Außerdem kann diese Art von Lösung teuer werden, und Ressourcen können von autokratischen Kräften „gekapert“ werden.

Bis zu einem gewissen Grad kann auch eine regionale Zusammenarbeit eine Option sein. Beispielsweise könnte ein geringeres Engagement in Mali einhergehen mit einem stärkeren Engagement in der ECOWAS (Economic Community of West African States – Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten), der regionalen Organisation, der Mali angehört. Ein solcher Ansatz erlaubt erstens, das Engagement bei Bedarf recht einfach wiederaufzunehmen. Zweitens lassen sich so die in Nachbarländern gemachten Erfahrungen nutzen.

Hat sich die Gwalt Herrschaft voll entfaltet, gilt es, die Zusammenarbeit zu überdenken: Wenn sie eine autokratische Regierung stärkt, ist sie Teil des Problems. In einem solchen Kontext ist ein endgültiger Rückzug gerechtfertigt. Fortgesetzt werden sollte nur die grundlegende Unterstützung für die Bevölkerung, vor allem durch humanitäre Hilfe. Die langfristige Entwicklung sollte erst wieder unterstützt werden, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen verbessern. Es ist dabei wichtig, die Grenzen der Entwicklungszusammenarbeit zu erkennen. Sie kann zwar Veränderungsprozesse eines Landes unterstützen, aber nicht dessen politische Dynamik grundlegend verändern.

Angesichts der Tendenzen zur Autokratisierung ist es umso wichtiger, die Demokratie zu stärken. Dafür müssen die Geber geeignete Ansatzpunkte finden. Sie müssen zudem die Auswirkungen ihrer Programme auf die Demokratie in den Partnerländern fortlaufend bewerten und den Kurs ändern, wenn die Bedingungen es erfordern.

Liberalen Demokratien wie Deutschland unterstützen weiterhin langfristig die Etablierung und Stärkung demokratischer Institutionen im Ausland. Deutschland setzt hierfür seit langem auf zivile Machtstrukturen und kooperiert auch mit autokratischen Regimen – in der Hoffnung, dass sich Institutionen so weiter diversifizieren und zur

Demokratisierung beitragen. Dieser Ansatz treibt zwar nicht direkt Autokratisierung voran, begünstigt aber womöglich den Trend dazu. Die politischen Entscheidungsträger sollten darauf achten, solche Programme zu stoppen, bevor sie untragbar werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass nichtdemokratische Regime – besonders China – zunehmend auf Entwicklungsländer zugehen. Peking wirbt für ein anderes Entwicklungsparadigma, dem zufolge eine starke Regierung entscheidend ist, Demokratie und Menschenrechte aber nicht. Dabei sind beide zentral für eine nachhaltige Entwicklung der Menschheit.

Westliche Regierungen müssen auch bedenken, dass ihre eigene Legitimität angekratzt ist. Zum einen sind militärische Interventionen, die Demokratisierung unterstützen sollten, spektakulär gescheitert, etwa in Afghanistan und Mali. Zum anderen sind die USA und die EU selbst von demokratischen Rückschritten betroffen.

Als Joe Biden im März in Warschau von einem Konflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus sprach, hatte er nicht unrecht. Was er allerdings nicht sagte: Sowohl in Polen als auch in seinem eigenen Land, den USA, sind autoritäre Kräfte erschreckend stark. Biden hätte anerkennen müssen, dass der von ihm benannte Konflikt nicht einfach zwischen verschiedenen Ländern tobt – sondern vielmehr innerhalb von Ländern.

Demokratische Regierungen müssen die Demokratie im Ausland fördern – das gilt für die Außenbeziehungen im Allgemeinen, nicht nur für die Entwicklungszusammenarbeit. Die EU-Staaten täten gut daran, ihre Reaktionen auf Autokratie und demokratische Rückschritte zu koordinieren. Es ist an der deutschen Bundesregierung, dazu beizutragen, einen solchen Prozess in Gang zu setzen.



ALINE BURNI
ist Politikwissenschaftlerin
und Forscherin für internationale
Zusammenarbeit am
Deutschen Institut für

Entwicklungspolitik (DIE).



NIELS KEIJZER
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am DIE.

niels.keijzer@die-gdi.de

FACHLITERATUR

Wie Milliardäre ticken

Arme Menschen werden gründlich erforscht – aber über Superreiche wissen wir wenig. Das Buch eines US-Journalisten bietet interessante Einblicke.

Von Hans Dembowski

Oft heißt es, Superreiche hätten keine Sorgen. Sie haben nur aber andere Sorgen - und durchaus Anlass, sich vor Überfall, Raub, Entführung und Erpressung zu fürchten. Als meiden sie den öffentlichen Raum tendenziell und beschäftigen Leibwächter zu beschäftigen. Viele versuchen, möglichst unbekannt zu bleiben, damit potenzielle Kriminelle sie nicht finden.

Solche Gedanken beeinflussen auch die Wahl des Wohnorts. Sie suchen sie Sicherheit, brauchen aber auch Platz für Freizeit, Sport und Hobbys, da sie öffentlichen und kommerziellen Angeboten möglichst fernbleiben. Das Ergebnis sind dann oft üppig angelegte, aber festungsartige Villen.

Michael Mechanic, ein Journalist aus Kalifornien, hat über diese Dinge 2021 das Buch „Jackpot“ veröffentlicht. Der programmatische Untertitel lautet „Wie die Superreichen wirklich leben – und weshalb ihr Wohlstand uns allen schadet“. Einige Mitglieder der Zielgruppe ließen sich von

ihm interviewen, er stützt sich aber auch auf Auskünfte von Dienstleistern, die für diese Klientel arbeiten, sowie auf die bestehende Literatur, welche aber recht knapp ist. Multimillionäre und Milliardäre wollen nun mal nicht erforscht werden.

Wie Mechanic erläutert, sind finanzstarke Eliten kaum auf staatliche Infrastruktur und Dienstleistungen angewiesen. Sie wollen bessere Versorgung als gesetzliche Krankenkassen bieten. Der Nachwuchs besucht Privatschulen. Steuern bedeuten in ihrer Sicht also, dass ihnen Geld ohne Gegenleistung entzogen wird. Mechanic beschreibt eine auf Transaktionen ausgerichtete Denkweise. Angehörige des Geldadels prüften, was sie wofür bekommen. Steuerflucht schein legitim, aber konventionelle Freundschaften würden wegen des Verdachts, andere wollten nur ihr Geld, schwierig. Wie Mechanic ausführt, müssen sich Superreiche aber Buchhaltern, Rechtsanwälten und anderen Dienstleistern anvertrauen. Die Sorge, betrogen zu werden, schwingt ständig mit.

Mechanic berichtet, Superreiche hielten sich tendenziell für überlegen und ihr Vermögen selbst dann für wohlverdient, wenn es ererbt sei. Ein Verständnis davon, was den Erfolg ihrer Sippe ermöglicht hätten,

gebe es kaum (siehe Hans Dembowski auf www.dandc.eu). Im Umkehrschluss heiße das, dass alle, die über weniger Geld verfügen, irgendwie versagt haben müssten.

Superreiche Menschen sind laut Mechanic sehr konkurrenzorientiert. Sie beanspruchten Kontrolle und hätten gern die schickste Superyacht. Transaktionsdenken prägte auch ihre Beziehungen zu anderen hochvermögenden Menschen.

Jeder Mensch ist besonders, wie Mechanic festhält, und nicht alle Superreichen ticken gleich. Einige waren ja auch bereit, sich interviewen zu lassen. Allerdings sind die Geisteshaltungen, die der Journalist beschreibt, plausibel, denn sie lassen sich offensichtlich auf Privilegien zurückführen. Er schreibt über die USA, aber anderswo dürfte es ähnlich sein.

In jedem Land stellt die Finanzelite nur einen sehr kleinen, aber auch sehr mächtigen Bevölkerungsanteil. Mechanic nennt viele Beispiele dafür, wie Gesetze und Bestimmungen in den USA Privilegien sichern, wozu Lobbyismus kräftig beigetragen hat. So hätten etwa republikanische Politiker dafür gesorgt, dass die Steuerbehörde National Revenue Service so wenig Personal habe, dass sie kaum noch funktionstüchtig sei.

Die Kochs, Mercers und Murdochs gehören zu den superreichen Sippen, die seit Langem rechtsgerichtete Politiker unterstützen – manchmal sogar unter dem Deckmantel der „Philanthropie“. Ihre Ideologie betont systematisch individuelle Leistung und richtet sich gegen „Bedürftige“ – Angehörige von Minderheiten gern eingeschlossen. Wo die Kluft zwischen der plutokratischen Elite und der restlichen Gesellschaft zu groß wird, leidet das Gemeinwohl. Oligarchenpopulismus gibt es tatsächlich (siehe Hans Dembowski in der Debatte der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2022/05).

BUCH

Mechanic, M., 2021: *Jackpot. How the super-rich really live – and how their wealth harms us all.* New York, Simon & Schuster.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und
Zusammenarbeit / D+C
Development and

Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



**Helikopter auf
Luxusyacht 2018 bei
Bootsausstellung in
Monaco.**

FINANZIERUNG

„Wirkung ist immer wichtig“

Die Vision von GreenTec Capital Partners ist es, deutsche mit afrikanischen Unternehmen zusammenzubringen und deutsche Unternehmen zum Investieren zu ermutigen. GreenTec-Mitbegründer Thomas Festerling freut sich, dass seine Firma bereits viel geschafft hat. Er will aber viele weitere Entrepreneure erreichen.

Thomas Festerling im Interview mit Sabine Balk

Wie kam es zur Gründung Ihres Unternehmens?

Mein Mitgründer Erick Yong war erfahrener Unternehmer, und ich habe erfolgreich in der Finanzbranche gearbeitet. Wir hatten aber beide irgendwann das Gefühl, wir müssten etwas machen, was uns persönlich mehr erfüllt. Da sind wir auf die Idee gekommen, dass wir unsere Erfahrung im Auf- und Ausbau von neuen Unternehmen und in der erfolgreichen Führung eines Unternehmens weitergeben könnten, weil es genau das ist, was vielen jungen Unternehmen in Afrika fehlt. Wir haben 2015 zu zweit angefangen und haben mittlerweile ein Team von rund 30 Leuten, davon zwei Drittel in Deutschland, ein Drittel in Afrika.

Welche Unternehmen unterstützen Sie?

Wir identifizieren und richten uns an kleine Technologieunternehmen, die eine gute Geschäftsidee haben, es aber nicht schaffen, ein bereits gut funktionierendes Unternehmen weiter erfolgreich wachsen zu lassen, weil sie keinen Zugang zu bestimmten Ressourcen haben und Know-how fehlt. Ein gutes Beispiel ist PowerStove in Nigeria. Der Gründer, Okey Esse, erkannte die Notwendigkeit von sicherem und billigem Kochen. Mehr als 90 Prozent der nigerianischen Haushalte verwenden immer noch Holzkohle- und Paraffinöfen, und Millionen Menschen sterben an der Rauchvergiftung. Nach seinem Physikstudium entwickelte Okey kleine Öfen, die mit Pellets aus Holz und Ernterückständen betrieben werden und rückstandsfrei und rauchfrei verbrennen. Verschiedene Modelle können sogar

zusätzlich Strom erzeugen. In Zusammenarbeit mit GreenTec konnte PowerStove eine zweite Produktionsanlage bauen, eine weitere ist in Simbabwe geplant.

Mit fehlenden Ressourcen meinen Sie vor allem Geld?

Nein, das ist es genau nicht. Wenn Sie mit dem Geld nicht die richtigen Ressourcen erwerben, ist es nutzlos. Es geht darum, die richtige Technologie und die passenden Mitarbeiter für ein Unternehmen zu bekommen. In Afrika gibt es zum Beispiel sehr wenig Zugang zu IT-Spezialisten, auch gute Finanzchefs (CFOs – Chief Finance Officers) oder Buchhalter (Accountants) fehlen oft.

Wir unterstützen Unternehmen dabei, sich bereit für Investoren zu machen. Wenn das gelingt, steigen wir als Gesellschafter ein, das ist quasi unsere Bezahlung. Für diesen Ansatz haben wir 2017 den Deutschen Unternehmerpreis für Entwicklung vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bekommen. Das war ein super Erfolg für uns als sehr junges Unternehmen.

Wie sieht die Arbeit von GreenTec Capital Partners konkret aus?

Wir haben uns auf zwei Säulen gestellt:

- Investment und
- Consulting – das machen wir nicht im klassischen Sinn, sondern ich nenne das lieber „venture-building as a service“. Für uns ist Wirkung bei jedem Investment wichtig. Unsere Stärke ist, richtig gute Entrepreneure mit guten Geschäftsmodellen, die meist Grundbedürfnisse wie Zugang zu Nahrung, Energie oder Wasser erfüllen, zu finden. Das können nicht so viele. Deshalb sind auch schon einige Entwicklungsorganisationen wie die GIZ oder die französische Entwicklungsgesellschaft AFD (Agence Française de Développement) auf uns aufmerksam geworden und haben mit uns Projekte durchgeführt. Das größte Programm bisher war, für die AFD Unternehmen im Digital- und Technologiebereich zur Förderung zu identifizieren. Das Projekt lief zwei Jahre hauptsächlich im frankophonen Afrika. Wir hatten einen siebenstelligen Förderbetrag als Budget. Wir haben rund 150 Unternehmen gefunden, und es sind viele Arbeitsplätze geschaffen worden. Mit der AFD sind wir gerade dabei, ein Nachfolgeprogramm zu entwickeln.

Sie vermitteln auch Unternehmenspartnerschaften – was heißt das?

Wir fokussieren uns auf technische Partnerschaften. Dabei bringen wir deutsche Firmen mit afrikanischen Start-ups zusammen. Ein Beispiel sind E-Bikes in Sambia. Die Technologie wurde in Deutschland entwickelt und an einen Betrieb in Sambia



PowerStove-Fabrik: Das Unternehmen produziert rauchfreie Öfen.

vermittelt, wo sie genutzt wird und weiterentwickelt werden kann. Ganz wichtig sind für uns Partnerschaften auf Augenhöhe.

Gab es auch Misserfolge in Ihrer Arbeit?

Die gab es natürlich, das ist normal. Wir haben in Unternehmen investiert, die sich nicht erfolgreich entwickelt haben. Aber wir haben aus der Vergangenheit viel gelernt. Am Anfang wollten wir in ganz Subsahara-Afrika tätig sein, nun haben wir uns auf derzeit sechs Länder und auf zwei Themen spezialisiert, das Thema Grundbedürfnisse und Technologieplattformen. Das kann sich natürlich auch überschneiden, etwa bei einer Agritechplattform, die Kleinbauern mit den Märkten verbindet.

Woran scheitern Projekte?

Das versuchen wir natürlich immer zu analysieren. Wobei dies oft nicht ganz einfach ist, da es große kulturelle Unterschiede zwischen einem deutschen Mittelständler und einem afrikanischen Start-up gibt. Da sind Vermittler wie wir sehr wichtig, die die Erwartungen auf beiden Seiten zusammenbringen. Sonst kann es da viele Missverständnisse geben. Bei Investoren ist es in der Regel so, dass sie Bedenken haben, dass es steuerliche und rechtliche Probleme geben könnte, wenn sie in Afrika investieren. Außerdem haben sie Bedenken, dass die Unternehmen aus Afrika doch nicht ihren Erwartungen entsprechen. Das schreckt viele ab.

Was tun Sie, um diese Bedenken zu zerstreuen?

Eine der Initiativen ist ein Investment-Club für „Angel-Investoren“. Wir laden europäische Investoren ein, die schon in Afrika investiert haben, um von ihren Erfahrungen zu berichten, um andere durch ihre Erfahrung in den Entscheidungen zu unterstützen. Das sind sozusagen die „Engel“. Ein Beispiel ist ein Anwalt aus dem Vereinigten Königreich, der schon in mehr als 20 Unternehmen in Afrika investiert hat. Wenn er erzählt, überzeugt das andere mehr, als wenn man nur in der Theorie darüber spricht. Interessant ist auch das Co-Investment. Das wollen wir dieses Jahr vorantreiben. Wir gründen gerade einen Co-Investment-Club, wo unerfahrene Mitglieder zusammen mit erfahrenen Investoren gemeinsam in afrikanische Unternehmen investieren können. Wir informieren die Clubmitglieder, wer schon wie viel in welches Unternehmen investiert hat, und fragen, ob sie noch mit einsteigen wollen. Das gibt den neuen Investoren ein Sicherheitsgefühl, wenn sie sehen, wer schon alles mit dabei ist. Vorteil ist auch, dass die ganze Vertragsgestaltung bereits vorhanden ist und nicht neu aufgesetzt werden muss.

Sie sagen, es sei besonders schwer, kleinere und mittelständische deutsche Unternehmen als Afrika-Investoren zu gewinnen. Wie können Sie sie überzeugen?

Neben sogenannten Leuchtturmprojekten, also besonders erfolgreichen Start-ups, ist es sehr wichtig, das Thema mehr in die Öffentlichkeit und in die Medien zu bringen. Außerdem organisieren wir Events, zum Beispiel Workshops oder Investorenreisen

mit zehn bis 20 Personen nach Afrika. Das war natürlich jetzt mit Covid nicht möglich. Aber wir planen dieses Jahr einen Trip nach Ghana und Ruanda. Das sind unglaublich interessante Erlebnisse und Erfahrungen. Wenn wir ein Tech-Unternehmen oder ein Start-up besuchen, ist das etwas ganz anderes als eine Urlaubsreise an den Strand oder eine Safari. Die potenziellen Investoren sehen dann selbst, wie weit und smart die Leute in Afrika sind.

Ihr Name ist „GreenTech“ – gibt es bestimmte Kriterien, mit welchen Firmen Sie zusammenarbeiten?

Ja, wir orientieren uns an den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals). Wir konzentrieren uns auf vier SDGs, die man messen kann: keine Armut, weniger Ungleichheit, Wirtschaftswachstum und Klimaschutz. Wir wollen unsere Erfolge messen. Wir haben auch eine Liste mit Unternehmen und Branchen, mit denen wir keine Geschäfte machen, weil sie nicht nachhaltig wirtschaften, Kinderarbeit oder Spielsucht fördern oder Klimaschutz sind. Wir hatten eine Anfrage einer Tabakfirma, aber die haben wir abgelehnt, obwohl es sehr lukrativ gewesen wäre. Aber da stehen wir nicht dahinter.



THOMAS FESTERLING
ist Chief Finance Officer und
Mitgründer von GreenTec
Capital Partners.

t.festerling@greentec-capital.com

Über für Lastwagen

GreenTec Capital Partners hat bereits einige Unternehmen unterstützt, die sich sehr vielversprechend am Markt entwickeln. Ein Beispiel ist die in Kenia stationierte Technologieplattform Amitruck. Sie funktioniert wie Uber mit Lastwagen. Die Plattform bringt also Lkw-Fahrer mit ihren Fahrzeugen und Kunden zusammen, und

die Plattform optimiert auch die Strecken. Die Fahrer transportieren Waren aller Art zu den Kunden.

Der Gütertransport in Afrika ist sehr teuer und kostet laut Amitruck schätzungsweise fünf Mal mehr als in Industrieländern. Waren werden überwiegend auf der Straße transportiert, da viele Regi-

onen über keine Infrastruktur für den Schienen- oder Luftverkehr verfügen. Die Plattform will zur Verbesserung der Logistik und Transportinfrastruktur in Kenia beitragen.

GreenTec Capital Partners hat gleich bei Gründung in das Start-up investiert. In diesem Jahr hat Amitruck bereits mehr als 4 Millionen US-Dollar an Investorengeldern eingesammelt. Das ist für ein Unternehmen, das erst zwei Jahre auf dem Markt ist, ein beachtlicher

Erfolg, und Amitruck verbucht zweistellige Wachstumsraten im Monat. Das ermöglicht dem Unternehmen, nun auch nach Uganda, Ruanda und Tansania zu expandieren. Amitruck besteht aus einem Team von über 50 Angestellten, die die App technisch betreuen und vermarkten. Die Plattform hat mittlerweile über 4000 Fahrer unter Vertrag, die so vom informellen in den formellen Sektor überführt wurden und ein geregeltes Einkommen haben. SB

Betrüger am Werk

Neue technische Möglichkeiten wie digitale Geldbörsen tragen dazu bei, finanzielle Inklusion in Entwicklungsländern zu fördern. In Sambia gefährden Betrugsfälle das Vertrauen in den digitalen Zahlungsverkehr.

Die 25-jährige Susan Chembo sitzt an ihrem Verkaufsstand in der Cairo Road – einer der verkehrsreichsten Straßen in Sambias Hauptstadt Lusaka – und erzählt unter Tränen, wie sie um ihr hart verdientes Geld betrogen wurde. „Bitte überweise das Geld an diese Nummer!“, hieß es in der Nachricht, in der eine Handynummer angegeben stand.

Zufälligerweise hatte Chembo gerade ihrem Onkel gesagt, dass sie ihm Geld schicken würde, dass er zur Abfertigung ihrer bestellten Waren an der Grenze benötigte. Sie nahm an, dass die anonyme Nachricht von ihrem Onkel stammte, der als Beamter an der Grenze von Kazungula im Süden Sambias arbeitet. Also schickte sie 5000 Kwacha (etwa 285 Dollar) an diese Nummer. Ihr Onkel hat das Geld nie erhalten. Chembo meldete den Vorfall bei der Polizei, aber die Handynummer, an die sie das Geld geschickt hatte, gab es nicht mehr. Es war Betrug; der Täter konnte nicht ausfindig gemacht werden.

Mobile Lösungen wie digitale Geldbörsen werden in Sambia immer beliebter und tragen dazu bei, dass auch Leute, die kein Bankkonto haben, am Zahlungsverkehr teilhaben können. Viele

Sambier, vor allem in ländlichen Gegenden, nutzen jetzt ihre Mobiltelefone, um virtuelle Bankkonten einzurichten. Diese sind leichter zugänglich als traditionelle Banken.

Die beiden größten Mobilfunkbetreiber in Sambia sind lokale Ableger von Airtel und MTN, die beide mobiles Bezahlen anbieten. Das staatliche Telekom-Unternehmen Zamtel bietet neben Mobilfunkdiensten auch eine e-Wallet-App namens Zampay an. MTN startete im April 2018 eine konzertierte Aktion, um die Zahl der Verkäufer im Land zu erhöhen und die Nutzung seiner Plattform auszuweiten.

Mit Erfolg. Laut der Bank of Zambia ist die Zahl der Nutzer bis Ende 2021 auf 8,6 Millionen gestiegen, verglichen mit etwa 4,85 Millionen im Jahr 2019. Die Zahl der Mobile-Money-Agenten in Sambia lag Ende 2018 bei 47 000, verglichen mit 23 000 im Jahr davor.

Mobile Gelddienste weisen geringere Sicherheitskontrollen auf als herkömmliche Banksysteme und sind daher ein Ziel für Kriminelle und Betrüger geworden, die Schlupflöcher ausnutzen, um ahnungslose Nutzer zu betrügen.

Raymond Solochi, der vor Kurzem 500 Kwacha (30 Dollar) durch einen Betrug mit mobilem Geld verloren hat, erklärt, wie die Betrüger vorgehen. „Diese Diebe überlisten die Menschen mit psychologischen Mitteln. Sie wissen, dass die Leute irgendwann Geld überweisen, vor allem an den Zahltagen.“

Wenn sie nicht entschieden bekämpft werden, können die Betrüger die digitalen Zahlungsplattformen lahmlegen. Die politischen Entscheidungsträger in Sambia nehmen das Problem daher ernst und sind dabei, Konzepte zum Schutz der Verbraucher zu entwickeln. Die sambische Behörde für Informations- und Kommunikationstechnologie (ZICTA) warnt die Menschen davor, ihre Kontaktinformationen in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen, und rät ihnen, die PIN-Nummern unbedingt geheim zu halten.



DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist aus
Lusaka.

derricksilimina@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.05.2022 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren. Wer beitragen will, ist dazu herzlich eingeladen.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistentin),

Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Jan Walter Hofmann

(JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

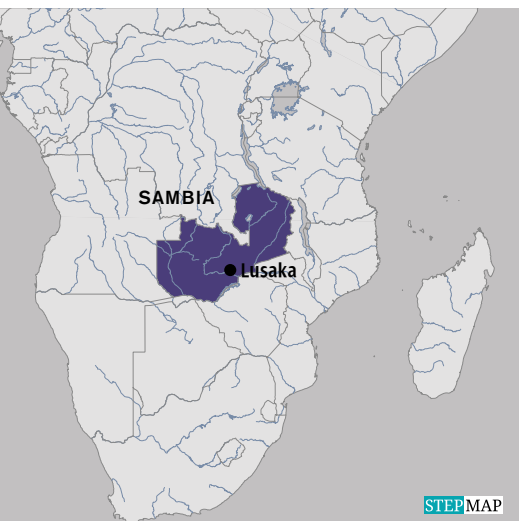
Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

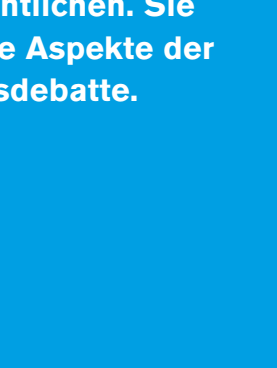
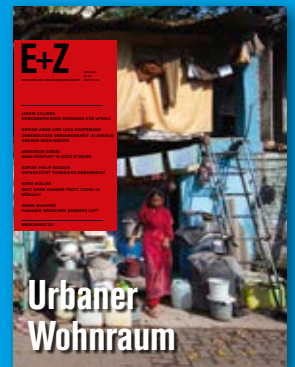
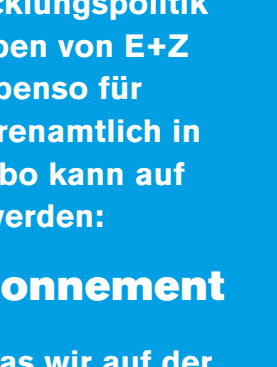
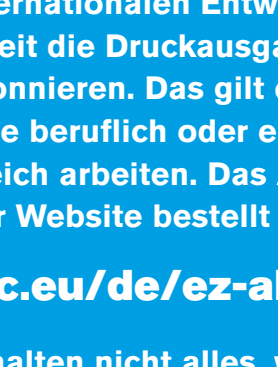
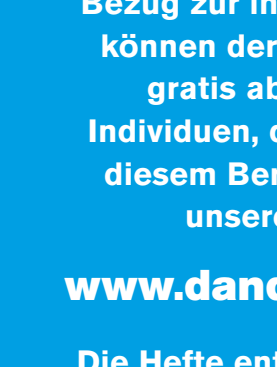
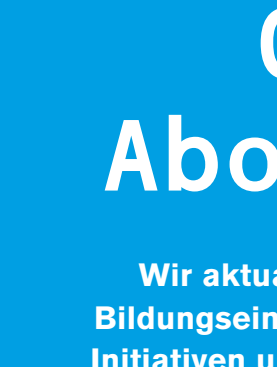
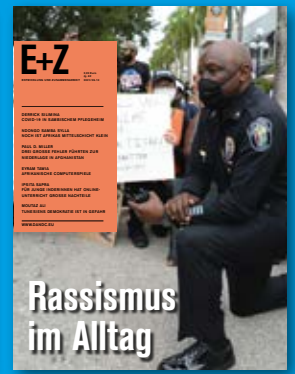
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.





Frauen in Führungspositionen: sechs Gouverneurinnen und die Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Vorreiter mit Defiziten

Mexiko will eine „feministische“ Außenpolitik betreiben. Allerdings steht es im Inland mit Frauenrechten nicht zum Besten.

Von Virginia Mercado

Im internationalen Vergleich sticht Mexiko durch seine vielen Femizide hervor. 948 Frauen wurden 2020 ermordet – 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Seit Jahren steigt die Zahl der Anzeigen wegen häuslicher Gewalt. Letzteres mag zwar auch darauf hinweisen, dass immer mehr Frauen das Selbstbewusstsein haben, ihr Leid nicht mehr schweigend zu akzeptieren, sondern vor Gericht zu ziehen. Gewaltopfer klagen aber auch, der Staat schütze sie nicht ausreichend. Feministinnen ärgern sich jedenfalls darüber, dass Präsident Andrés Manuel López Obrador sich über Frauenrechtsdemonstrationen zum 8. März abfällig geäußert hat.

Derweil beansprucht seine Regierung, eine „feministische Außenpolitik“ zu betreiben, die Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte fördere. Sie ist stolz auf eine Reform zur Geschlechterparität und die Tatsache, dass mehr Frauen politische Führungspositionen innehaben.

Im Bundeskabinett besetzen Frauen acht von 19 Plätzen. Acht von 31 Bundesstaaten werden von Gouverneurinnen regiert. Laut nationalem Statistikinstitut INEGI hat jede vierte Kommune eine Bürgermeisterin. Geschlechterparität ist das nicht, Frauen sind aber auch keine Ausnahmen mehr.

2020 sagte Außenminister Marcelo Ebrard, die Regierung sei feministisch, also gelte das auch für die Außenpolitik. Frauenrechtsaktivistinnen finden das grundsätzlich gut, fragen sich aber, was das konkret bedeutet. Relevante Stichworte gibt dazu die Website der Bundesregierung:

- Außenpolitik mit Geschlechterperspektive,
- ein paritätisch besetztes Ministerium,
- ein Außenministerium frei von Gewalt,
- sichtbare Gleichheit und
- intersektionale Politik.

Gut ist, dass Mexiko als erstes lateinamerikanisches Land in der Außenpolitik Geschlechterperspektiven formuliert. Fraglich bleibt jedoch, ob ein Staat im Ausland fördern kann, was daheim noch aussteht. Gleichstellung ist nicht erreicht, und um die Achtung der Menschenrechte von Frauen – besonders das Recht auf ein Leben ohne Gewalt – steht es schlecht.

Bei anderen Punkten geht es dem Ministerium offensichtlich um sich selbst – und auch da gibt es noch viel zu tun. Der Anteil der Frauen in Führungspositionen (Botschafterinnen und Konsularinnen) ist mit knapp 30 Prozent praktisch unverändert, seit die feministische Außenpolitik proklamiert wurde. Die Aufstiegschancen von Frauen haben sich also wohl nicht verbessert.

Anfang des Jahres musste das Außenministerium die Ernennung des mexikanischen Botschafters in Panama zurückziehen. Es hatte Belästigungsvorwürfe gegen ihn gegeben und eine wirksame Kampagne in sozialen Medien nutzte das Motto „Ein Belästiger wird nicht Botschafter“. Pikant war allerdings, dass Panama den Mann ablehnte, die Entscheidung also nicht von Mexikos feministischer Politik inspiriert war.

Andererseits bemüht sich das Ministerium darum, Leistungen von Frauen im Auswärtigen Dienst bekannt zu machen. Es veröffentlicht entsprechend Biografien und Profile. Es finden auch Schulungen statt, um Personal auf geschlechtsspezifische Themen aufmerksam zu machen. Unter anderem soll es effizienter auf Fälle von Gewalt und Belästigung reagieren können – und zwar nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch, wenn sich Menschen an eine mexikanische Auslandsvertretung wenden. Interessant war der Fall einer Mitarbeiterin, die in Katar Missbrauchsopfer wurde. Ihr Minister wurde darauf erst aufmerksam, als ein Medienwirbel entstand, unterstützte sie dann aber juristisch.

„Intersektionalität“ bedeutet, dass Geschlechterthemen im Zusammenhang mit anderen Diskriminierungsformen wie etwa Rassismus behandelt werden. Relevante Fragen sind also, wie Mexiko mit Migrantinnen mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen umgeht, und ob sie beispielsweise auf der Durchreise durch Mexiko von Kindern getrennt werden. Nicht nur was Migration angeht, gibt es im mexikanischen Alltag klare Defizite.



VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der
Universidad Autónoma del
Estado de México (UNAM)
und Lehrkraft für Friedens-

und Entwicklungsstudien.
virmercado@yahoo.com.mx



Patient in Kalkutta im Mai 2021: Als die Corona-Welle hochging, erhielt nicht jeder, der ihn gebraucht hätte, Sauerstoff.

size fits all“-Ansatz der WHO laut indischer Regierung nicht anwendbar.

Tatsächlich stützt sich die WHO nicht nur auf Regierungsdaten, sondern auch auf andere Quellen wie Medienberichte und wissenschaftliche Studien. Sie sagte zu, ihre Schätzung für Indien zu überprüfen, aber es gibt keine Anzeichen dafür, dass sie Wesentliches ändern wird.

Viele Inder trauen den amtlichen Corona-Statistiken nicht. Die bekannte Fernsehreporterin Barkha Dutt nannte kürzlich in der Washington Post Gründe dafür. Um „eine Sterbeurkunde zu erhalten, die Covid-19 als Todesursache aufführt“, mussten sich Familien durch „das Labyrinth der Bürokratie“ kämpfen, schreibt sie. Außerdem berichteten ihr Gemeindevorsteher in jedem Dorf, das sie besuchte, die Anzahl der Todesfälle schnelle in die Höhe.

Besonders in ländlichen Gebieten schreckten die Menschen aus Angst vor Stigmatisierung vor Tests zurück, sagt Dutt. Wegen Mangels an Sauerstoff nahmen viele Kliniken zudem keine neuen Patienten mehr auf. „Trotz dieser Katastrophe“, unterstreicht sie, „wurde dem indischen Parlament in diesem Jahr mitgeteilt, es habe während der Pandemie in keinem einzigen Bundesstaat einen Todesfall aufgrund von Sauerstoffmangel gegeben.“

Doch ist die Reaktion der indischen Regierung auf die WHO berechtigt. Die WHO behandle nicht alle Länder gleich, sagt sie. Besonders China werde von der WHO nicht hinterfragt – nicht nur hinsichtlich der Herkunft des Virus, sondern auch, was die systematische Untererfassung der tatsächlichen Todeszahlen angeht. Shanghai befindet sich im Lockdown, 500 000 Fälle wurden gemeldet. Die offizielle Zahl von 285 ist schlicht unglaubwürdig.

Alle Regierungen wollen die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen. Die WHO sollte dazu beitragen, dass sie nicht mit Unwahrheiten davonkommen. Die Aussage, chinesische Statistiken seien nicht glaubwürdig, entschuldigt aber nicht, dass die indische Regierung nicht alle relevanten Fragen schlüssig beantwortet.



SUPARNA BANERJEE
hat kürzlich ihren PhD in
Development Studies an der
Universität Bonn gemacht
und lebt derzeit in Frankfurt.

mail.suparnabanerjee@gmail.com

CORONAVIRUS

Stark abweichende Corona-Zahlen

Zwischen indischer Regierung und Weltgesundheitsorganisation WHO herrscht ein Konflikt über die Corona-Todeszahlen im vergangenen Jahr.

Von Suparna Banerjee

Indien erlitt im vergangenen Jahr eine drastische zweite Corona-Welle. Viele Menschen starben, im Fernsehen waren ständig Feuerbestattungen zu sehen – und das Wehklagen verzweifelter Angehöriger. Todesursache war nicht allein das Virus, sondern maßgeblich auch, dass das indische Gesundheitswesen von der Vielzahl der Patienten überfordert war. Der Mangel an Sauerstoff und Klinikbetten betraf selbst Patienten aus wohlhabenden Familien.

Die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gesundheitsdienste ist unbestritten, nicht aber die genaue Zahl der Menschen, die in Indien an Corona starben. Die WHO geht davon aus, dass die Pandemie 2021 erschütternde 4,7 Millionen Menschenleben kostete – etwa zehnmal mehr, als die indischen Behörden für die Zeit zwischen Januar und Dezember anerkennen.

Die offiziellen indischen Statistiken erfassen nur jene als Pandemieopfer, bei denen das Coronavirus explizit diagnostiziert wurde. Die WHO hingegen spricht von „Übersterblichkeit“. Dabei werden die Todesfälle eines Jahres mit denen der Vorjahre verglichen. Die Differenz zwischen den aktuellen Zahlen und dem langfristigen Trend wird dann der Pandemie zugeschrieben. Das ist sinnvoll, kann im Detail aber durchaus diskutiert werden.

Tatsächlich weichen die WHO-Schätzungen massiv von den Regierungsdaten vieler Länder ab. Den Berechnungen der WHO zufolge hat Covid-19 weltweit bisher rund 15 Millionen Menschen das Leben gekostet. Das sind 2,5-mal mehr als die knapp sechs Millionen Toten, die offizielle Statistiken ausweisen.

Die indische Regierung wirft der WHO fehlerhaftes methodisches Vorgehen vor. Ihrem eigenen Melderegister nach starben 2021 nur etwa 475 000 (etwa sechs Prozent) mehr Menschen gegenüber dem Jahr 2020 mit 7,6 Millionen. Die Behörden betonen auch, dass nicht alle zusätzlichen Todesfälle auf Corona zurückgehen. Angesichts der Größe und Vielfalt des Landes sei der „one

TWITTER

Spielball für Oligarchen

Der Silicon-Valley-Milliardär Elon Musk will Twitter kaufen, von der Börse nehmen und grundlegend verändern. Das kann große Auswirkungen auf politische Debatten und demokratische Willensbildung haben – nicht zuletzt im globalen Süden.

Von Charles Martin-Shields

Twitter ist im globalen Süden weniger verbreitet als andere soziale Medien wie etwa WhatsApp, Telegram, TikTok oder Facebook. Dennoch ist es ein einflussreiches globales Informationsmedium, das öffentliche Debatten prägt und Menschen beeinflusst.

Viele, die das Internet nutzen, werden das vermutlich selbst gar nicht spüren. Was Twitter wichtig macht, ist nämlich vor allem die Beliebtheit bei ganz besonderen Zielgruppen. Dazu gehören Medienschaffende, Intellektuelle und Menschen mit politischen Ämtern. Der Wert der Plattform beruht also weniger auf der Anzahl der Nutzenden als auf ihren elitären Netzwerken.

Wer bekannt ist, bekommt auf Twitter das stärkste Echo. Die größten Fangemeinden haben Prominente aus Politik, Medien, Popkultur et cetera. Bots – Softwareprogramme, die automatisch bestimmte Inhalte auf Twitter retweeten und teilen – können Propaganda manipulativ verstärken. Aber eine Durchschnittsperson könnte vermut-

lich selbst mit einer Bot-Armee keine große Twitter-Fangemeinde aufbauen.

Musk folgen auf Twitter über 90 Millionen Menschen. Profiliert hat er sich mit Scherzen, Provokationen und fragwürdigen Firmeninfos, die ihm auch schon Ärger mit der Börsenaufsicht eintrugen. „Freiheit“ bedeutet für ihn wohl vor allem, dass staatliche Stellen ihn machen lassen sollen, was er will. Das wäre eine typische Position des Oligarchen-Populismus.

Ob Twitter künftig eher demokratische Beteiligung oder undemokratischen Populismus fördern wird, hängt davon ab, wie Musk die Spielregeln ändert. Wichtige Fragen sind, wer Twitter verwenden kann und welche Aussagen erlaubt sind. Der Multimilliardär bezeichnet sich als „Redefreiheits-Absolutist“. In der Praxis heißt das vermutlich, dass alle, die eine laute Stimme haben, mitteilen dürfen, was sie wollen – einschließlich Fehl- und Desinformationen, Gewaltpropaganda und Unwahrheiten. Bevor dieser Beitrag Mitte Mai fertiggestellt wurde, sagte er zum Beispiel, Ex-US-Präsident Donald Trump solle nicht dauerhaft gesperrt bleiben.

Absehbar ist jedenfalls, dass Twitter im globalen Süden auch künftig vor allem elitäre Stimmen verbreiten wird. Was auf Twitter geäußert wird, findet in der Regel seinen Weg in andere soziale Netzwerke sowie in

etablierte Medien. Der reaktionäre Hindu-Chauvinismus in Indien stützt sich dabei häufig auf WhatsApp. Im Informationskrieg, der parallel zum realen Ukrainekrieg stattfindet, nutzt Russland Telegram-Kanäle.

Wird ein Wechsel an der Spitze von Twitter die Lage verschlimmern? Vermutlich wird Twitter eher nicht zu einem Hort der Des- und Fehlinformation werden. Musk sagt zwar, ökonomisches Interesse habe er nicht an Twitter, aber wer nicht aufs Geld achtet, wird auch nicht Milliardär. Um Einnahmen zu generieren, erwägt Musk „eine kleine Twitter-Gebühr“. Das könnte den elitären Charakter der Plattform weiter verstärken.

Falls Musk versuchen sollte, Twitter zu einer kommerziellen Cashcow wie Instagram oder Facebook zu machen, dürfte der Schwall an endloser Werbung ernstzunehmende Stimmen aus Zivilgesellschaft, Politik und Journalismus vertreiben. Die jetzige Rolle von Twitter würde vermutlich verkümmern. In den USA zeichnet sich unterdessen ab, dass Menschen mit demokratischen Positionen sich in größerer Zahl von der Plattform abwenden könnten. Das könnte sich sowohl für Twitter als auch die Demokratie als gefährlich erweisen.

Musk sagt, er wolle den Algorithmus transparent machen, der steuert, was die Twitter-Timeline Nutzenden anzeigt. Das würde Manipulation erschweren. Allerdings ist der Algorithmus sehr kompliziert, so dass nur sehr wenige ihn überhaupt verstehen würden.

Beunruhigend ist unterdessen, von welchen Geldgebern sich Musk bei der 44-Milliarden-Dollar-Investition Unterstützung verspricht. Dazu gehören ihm zufolge ein von der reaktionären Herrscherfamilie Katars kontrollierter Investmentfonds, ein superreicher saudischer Prinz und der Software-Milliardär Larry Ellison vom Oracle-Konzern.

Twitter ist für internationale Debatten wichtig. Trotzdem ist das Unternehmen zum Spielball superreicher Akteure geworden. Wir sollten das als Warnsignal werten.



Elon Musk will Twitter kaufen.



CHARLES MARTIN-SHIELDS ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn.

charles.martin-shields@die-gdi.de



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 266 followers

See all 6 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation
266 followers
2h · 🌐

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 370 views
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...



Like



Comment



Share



Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**



SCHWERPUNKT

Wetterextreme

„Hurrikan Maria verwüstete 2017 Puerto Rico.“
MARJORIE PONS PIÑEYRO , S. 20

„Heute verfügt Bangladesch über ein effektives Frühwarnsystem.“
MD BODRUD-DOZA, S. 22

„Pakistans Hitzewelle Ende April war kein gutes Omen.“
IMRAN MUKHTAR, S. 24

„2020 wurden in Burundi mehr als 44 000 Menschen durch Extremwetterlagen vertrieben.“
MIREILLE KANYANGE, S. 26

„Das Horn von Afrika erlebt eine seiner schlimmsten Dürren der letzten Jahre.“
CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA, S. 27

„Der Ausbau sozialer Sicherungssysteme entlastet die humanitäre Hilfe.“
STEFAN BEIERL, S. 29

„Für Deutschland lohnt sich ein Blick auf das, was andere Länder im Katastrophenschutz leisten.“
WOLF R. DOMBROWSKY, S. 31

„Die globale Erhitzung führt auch zu immer mehr Waldbränden.“
MAHWISH GUL, P. 33



Roseau, die Hauptstadt von Dominica, nach dem Hurrikan Maria im Jahr 2017.

TROPENSTÜRME

Resilienz der Karibik stärken

Der karibische Archipel besteht aus 13 unabhängigen Ländern und 15 abhängigen Territorien. Touristen lieben das warme tropische Klima – besonders im Winter. Die Kehrseite dieser Temperaturen ist die Gefahr durch Hurrikane, die aufgrund der Erderhitzung immer gefährlicher werden.

Von Marjorie Pons Piñeyro

Hurrikane sind eine Naturgefahr, die sich in äquatornahen Meeresgebieten bildet. Die gleiche Art von Sturm ist im Pazifik als „Taifun“ und im Indischen Ozean als „Zyklon“ bekannt. In der Karibik treten Hurrikane zwischen Juni und November auf. Die „Hurrikan-Saison“ erreicht zwischen Mitte August und Mitte Oktober ihren Höhepunkt. Diese Extremwetterereignisse können sehr zerstörerisch sein. Im Jahr 1979 zum Beispiel forderte der Hurrikan David 2068 Menschenleben. Mehr als die Hälfte der Todesopfer war in der Dominikanischen

Republik zu beklagen, wo auch 70 Prozent des Stromnetzes zerstört wurden.

Ein aktuelleres Beispiel ist Hurrikan Maria, der 2017 Puerto Rico verwüstete. Schätzungen der George Washington University zufolge starben fast 3000 Menschen. Die gesamte Bevölkerung des US-Territoriums war ohne Strom. Er konnte erst nach 11 Monaten wieder vollständig hergestellt werden.

Kleine Inselstaaten sind den Klimarisiken besonders ausgesetzt, doch meist nimmt die internationale Öffentlichkeit nur die Schäden an den am stärksten betroffenen Orten wahr. Auch andere Inseln sind betroffen. 1979 wurden durch Hurrikan David rund 60 000 Menschen – oder rund 75 Prozent der Bevölkerung – auf Dominica, einer kleinen Insel, die früher britische Kolonie war, obdachlos. 2017 verursachte Hurrikan Maria dort Schäden in Höhe von 930 Millionen Dollar. Nach UN-Angaben waren vier Monate später immer noch 80 Prozent der Dächer unzureichend gedeckt und 15 Pro-

zent der Kinder nicht in die Schule zurückgekehrt. Auf der Insel wurden 31 Tote und 37 vermisste Personen gezählt.

Naturkatastrophen können nicht vermieden werden. Gesellschaften müssen lernen, mit ihnen zu leben. Die Erderhitzung verschärft jedoch die Probleme, da die Wetterextreme immer extremer werden. Das erklärt, warum die Karibik nicht besser auf diese Katastrophen vorbereitet ist. Die Risiken sind zwar bekannt, aber sie sind größer als früher.

Hurrikane gewinnen ihre Stärke aus warmer und feuchter Luft. Heißere Temperaturen führen zu stärkeren Stürmen, die länger andauern, mehr Regen bringen und mehr Schäden verursachen. Sobald ein Hurrikan Land erreicht, wird er schwächer. Mittlerweile gewinnen sie jedoch mehr Kraft, da sie sich über dem Meer aufbauen und daher länger brauchen, um sich über Land wieder aufzulösen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Hurrikane früher am ersten Tag über Land 75 Prozent ihrer Stärke verloren haben. Heute liegt dieses Verhältnis bei nur noch 50 Prozent. Wenn sich die Klimakrise weiter verschärft, werden die Stürme noch verheerender.

Wenn der Klimawandel nicht eingedämmt wird, sieht die Zukunft der Karibik düster aus. Gleichzeitig muss sich die Region an den Wandel anpassen, der bereits eingetreten ist oder nicht mehr verhindert werden kann. Der Archipel muss widerstandsfähiger werden. Das erfordert neue Ansätze und kohärente Maßnahmen.

Regionale Institutionen stellen sich der Herausforderung. Die Karibische Gemeinschaft (CARICOM) und die Caribbean Disaster Emergency Management Agency (CDEMA) haben wichtige Arbeit geleistet.

Zunächst wurde die UN-Definition von „Resilienz“ an die regionalen Bedürfnisse angepasst. Laut dem UN Office for Disaster Risk Reduction (UNDRR) meint Resilienz, dass ein System, eine Gemeinschaft oder eine Gesellschaft, die Gefahren ausgesetzt ist, fähig ist, „rechtzeitig und effizient den Folgen zu standzuhalten, sie zu absorbieren, sich anpassen und sich zu erholen“. Dazu gehört auch die „Erhaltung und Wiederherstellung der wesentlichen Grundstrukturen und -funktionen“. Resilienz bedeutet auch, „sich schnell und auf eine Weise zu erholen, die die Anfälligkeit“ (CARICOM/CDEMA) für gleichartige Gefahren in Zukunft verringert.

Auf dieser Grundlage wurden fünf „Säulen der Resilienz“ aufgestellt. Diese sind

- sozialer Schutz für gefährdete und ausgegrenzte Menschen,
- Sicherung der Infrastruktur,
- verbesserte wirtschaftliche Möglichkeiten,
- Schutz der Umwelt und
- Einsatzbereitschaft für den Wiederaufbau.

Die supranationalen politischen Entscheidungsträger haben für jede Säule detaillierte Empfehlungen abgegeben. Zudem betonten sie, dass Regelwerk und Vorschriften ein „förderliches Umfeld“ schaffen sollten. Eine gute Regierungsführung bezieht in ihren Augen auch die Öffentlichkeit – und besonders die junge Generation – sinnvoll ein. Sie forderten den Aufbau von Kapazitäten, Forschung, Datenmanagement und Finanzierung für einen besseren Katastrophenschutz. Schließlich betonten CARICOM und CDEMA, dass gute Pläne wertlos sind, wenn sie nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden.

Es ist von Bedeutung, dass 11 der 13 unabhängigen karibischen Staaten Entwicklungsländer sind. Von ihnen kann nicht erwartet werden, ihre Resilienz selbst aufzubauen. Schließlich haben sie mit sich verschlimmernden Katastrophen zu kämpfen, die sie kaum selbst verursacht haben. Die karibischen Länder haben nicht viel Treibhausgas emittiert, aber die Beseitigung von Katastrophenschäden erfordert beträchtliche Ressourcen, die sie sonst für Entwicklungszwecke einsetzen könnten.

GEBERKONFERENZ

Nach einer besonders verheerenden Hurrikan-Saison fand im November 2019 in New York die hochrangige Geberkonferenz von CARICOM und UN statt. Sie führte zu Geberzusagen im Wert von 1,3 Milliarden US-Dollar, darunter über 1 Milliarde US-Dollar an Darlehen und Schuldenerlass. Zu den wichtigsten Partnern gehörten die EU und ihre Mitglieder, die USA, die Weltbank und viele andere. UN-Generalsekretär António Guterres erklärte: „Die Länder in der Karibik brauchen jetzt Unterstützung für den Wiederaufbau und für wirksame Klimaschutzmaßnahmen.“

Laut dem Globalen Klima-Risiko-Index 2021, der von der deutschen zivilge-

sellschaftlichen Organisation Germanwatch erstellt wurde, gehörten zwei karibische Gebiete zu den Ländern, die von 2000 bis 2019 am stärksten von extremen Wetterereignissen betroffen waren. Puerto Rico belegte in dieser Liste den ersten und Haiti den dritten Platz.

Während die Gefährdung durch Wirbelstürme im Grunde gleich ist, unterscheiden sich die soziopolitischen Verhältnisse in Puerto Rico und Haiti erheblich. Puerto Rico ist ein US-Territorium, wenn auch kein Bundesstaat, mit begrenzten Möglichkeiten der Selbstverwaltung. Die Einwohner sind US-Bürger, dürfen aber nicht an nationalen Wahlen teilnehmen. Eine schwere Schuldenkrise hat die Probleme noch verschärft. Obwohl der Lebensstandard vergleichsweise hoch ist, lebt die Hälfte der Menschen in Puerto Rico in Armut. Die Abwanderung auf das US-amerikanische Festland ist allerdings einfach, und die Bevölkerung Puerto Ricos ist in den vergangenen zehn Jahren tatsächlich um fast 12 Prozent auf 3,3 Millionen gesunken.

Haiti hingegen ist eines der Länder, die von den UN als „am wenigsten entwickelt“ eingestuft werden – und davon das einzige auf dem amerikanischen Kontinent. Es kämpft mit einer schrecklichen Kombination aus hoher Armut, zerfallender Staatlichkeit und zahlreichen Katastrophen, von denen nicht alle mit dem Klimawandel zusammenhängen. Beispiele dafür sind das Erdbeben von 2010 und der darauffolgende Choleraausbruch. Die Bevölkerung des Landes ist in den vergangenen zehn Jahren um etwa 12 Prozent auf knapp 11,4 Millionen gestiegen. Haitis Elend ist so vielschichtig,

dass internationale Medien wenig über das von Hurrikanen regelmäßig verursachte Leid berichten. Deshalb ist zwar allgemein bekannt, dass Hurrikan Sandy 2012 New York heimsuchte, aber nicht, dass derselbe Sturm in Haiti mindestens 108 Menschen tötete, 21 vermisst wurden und 200 000 Menschen ihre Häuser verloren.

Die Karibik befindet sich in einer attraktiven, aber heiklen Lage. Dank des konstant warmen Wetters wird sie von vielen Nichteinheimischen als eine Art Paradies angesehen. Die weit verbreitete Armut und die schlecht ausgebaute Infrastruktur, vor allem in abgelegenen Dörfern, sprechen jedoch eine andere Sprache. Der unaufhaltsame Anstieg der Temperaturen führt zu immer extremeren Wirbelstürmen. Die Menschen in der Karibik können die Herausforderungen nicht aus eigener Kraft bewältigen. Sie verdienen Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel – und ihre Zukunft hängt davon ab, dass die Hauptverursacher ihren CO₂-Fußabdruck radikal reduzieren.

LINK

Germanwatch: Global Climate Risk Index 2021: https://www.germanwatch.org/sites/default/files/Global%20Climate%20Risk%20Index%202021_2.pdf



MARJORIE PONS PIÑEYRO macht ihren Masterabschluss an der Bauhaus-Universität in Weimar. Sie ist spezialisiert auf Naturgefahren und

Infrastruktur.

marjorieponspi@gmail.com



KATASTROPHENVORSORGE

Schwachstellen beseitigen, Widerstandskraft stärken

Das Gangesdelta war schon immer extremen Wetterereignissen ausgesetzt. Bangladesch hat enorme Fortschritte darin gemacht, klimaresistenter zu werden. Da die globale Erwärmung zunimmt, muss noch mehr getan werden.

Von Md Bodrud-Doza

Wegen seiner geografischen Lage und der hohen Bevölkerungsdichte ist das ganze Land ein Klima-Hotspot. Es kommt oft zu Hitzewellen, unregelmäßigen Regenfällen, Überschwemmungen, Dürren, Wirbelstürmen, Erosion der Flussufer und – durch den steigenden Meeresspiegel – zur Versalzung des Grundwassers. Besonders gefährdet sind Menschen, die nahe an Flussufern oder dem Indischen Ozean leben.

Das Land muss langsam und schnell eintretende Krisen bewältigen. Der Klima-

wandel beeinträchtigt Verfügbarkeit von Wasser, Lebensmittelsicherheit, Ernährung, Gesundheit sowie Existenzgrundlagen. Flächenverlust und Missernten treiben die Menschen oft unter die Armutsgrenze. Folgen sind Vertreibung und soziale Krisen.

Glücklicherweise gibt es echte Fortschritte. Die Zahl der Toten durch große Wirbelstürme ist massiv gesunken. 2020 forderte Zyklon Amphan 26 Menschenleben – 1991 starben durch den Sturm Gorki, der die gleiche Stärke hatte, fast 140 000 Menschen. Zwanzig Jahre zuvor kostete Bhola sogar mehr als 500 000 Menschen das Leben.

Wie diese Zahlen zeigen, waren die Maßnahmen von Regierungsbehörden und Zivilgesellschaft erfolgreich. Heute verfügt Bangladesch über ein effektives Frühwarnsystem, das unter anderem über Mobilfunk funktioniert.

Vor einer drohenden Katastrophe werden Textnachrichten an alle Handys im betroffenen Gebiet gesendet. Freiwillige wurden darin geschult, Evakuierungsmaßnahmen zu leiten und dabei besonders auf Bedürftige zu achten. An den Küsten gibt es ein weites Netz von Zyklonschutzbauten, viele davon dienen in normalen Zeiten anderen Zwecken, etwa als Grundschulen.

Zur Katastrophenvorsorge gehört auch, dass Schulkinder lernen, was bei einem Wirbelsturm zu tun ist. Das gehört inzwischen zum landesweiten Lehrplan. Im Notfall können die Schutzräume ganze Dörfer aufnehmen. Tatsächlich fliehen die meisten Menschen bei einer Katastrophe dorthin – einige, die das nicht tun, kommen ums Leben.

Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen kann nicht genug betont werden. In Bangladesch bemüht sich ein weites Netzwerk dieser Organisationen darum, das Bewusstsein für den Klimawandel und seine Folgen zu schärfen, Wissen unter lokalen Gemeinschaften zu verbreiten und Kapazitäten zur Bewältigung sozioökonomischer Gefahren aufzubauen.

Ein Beispiel ist die Rothalbmond-Gesellschaft von Bangladesch. Diese errichtete 1972 nach der tödlichen Verwüstung durch Bhola (1970) und dem Unabhängigkeits-



Zyklonschutzgebäude in Bangladesch: Wirbelsturm Amphan hat viele Häuser zerstört, aber nur wenige Menschen getötet.

krieg (1971) ihr Zyklonvorbereitungsprogramm. Heute dienen 70 000 Freiwillige den Gemeinden an der Basis.

Wirbelstürme schädigen nicht nur Menschen; noch schwerer zu verhindern sind die wirtschaftliche Schäden: Häuser werden zerstört, Felder unbrauchbar, Vieh stirbt. Viele Familien, die von kleinen Farmen oder der Fischerei abhängen, sind so arm, dass sie sich keine private Versicherung leisten können. Was sie verlieren – ein Boot, eine Kuh oder Werkzeuge – mögen nicht teuer sein, aber für die Betroffenen sind sie enorm wertvoll. Ihr Lebensunterhalt hängt davon ab.

Es gibt diverse Dinge, die Menschen nach Katastrophen wieder auf die Beine helfen – etwa verlässliche soziale Sicherheitsnetze und eine starke extremwetterresistente Infrastruktur. Auch wirtschaftliche Hilfen sind wichtig. Naturbasierte Lösungen sind am effektivsten, denn sie sind relativ günstig und stärken die Resilienz des lokalen Ökosystems. Wiederaufforstung von Mangrovenwäldern an der Küste mindert die Folgen von Wirbelstürmen, da die Bäume als erste Barriere dienen. Zudem sind Maßnahmen auf lokaler Ebene besser, da sie meist effizient und wirksam sind.

In den vergangenen Jahrzehnten hat Bangladesch eine Reihe von Plänen zur Bewältigung des Klimawandels verabschiedet. Zu den wichtigsten gehören:

- das Nationale Aktionsprogramm zur Anpassung an den Klimawandel von 2005 (NAPA) (2009 aktualisiert),
- der Strategie- und Aktionsplan zum Klimawandel in Bangladesch (BCCSAP) von 2009,
- die Geschäftsordnung zu Katastrophen (SOD) von 2010 (2019 aktualisiert),
- der Aktionsplan Klimawandel und Gender (ccGAP) von 2013,
- die Nationale Katastrophenschutzpolitik von 2015,
- der Nationale Katastrophenschutzmanagementplan für die Jahre 2021 bis 2025,
- der Achte Fünfjahresplan 2021–2025,
- der Bangladesch Delta-Plan 2100 von 2018,
- der Mujib-Klima-Wohlstandsplan (MCPP) von 2021.

Im Zusammenhang mit der UN-Klimarahmenkonvention hat die Regierung Bangladeschs einen nationalen Anpassungsplan ausgearbeitet und die national

festgelegten Beiträge zu den multilateralen Klimaschutzmaßnahmen dargelegt.

GANZHEITLICHE VISION

Die Politik hat sich von der anfänglichen Identifizierung und Bewältigung akuter Probleme immer mehr zu ganzheitlichen Ansätzen hin entwickelt, die die Resilienz von Individuen, lokalen Gemeinschaften und letztlich der gesamten Gesellschaft stärken. Die Vision: Armut beseitigen und sozioökonomischen Wohlstand erreichen. Die Regierung hat einen armuts- und geschlechtsspezifisch ausgerichteten Ansatz von Klimaresilienz. Sie aktualisiert ihre Politik angesichts neuer Erkenntnisse und Einsichten stetig.

Bisher sind zwei Ministerien zentral: das Ministerium für Umwelt, Forst und Klimawandel und das Ministerium für Katastrophenmanagement und Katastrophenhilfe. Von den anderen Ministerien wird jedoch erwartet, ihre Programme im Einklang mit der übergeordneten Politik zu gestalten. Natürlich sind auch die subnationalen Regierungsinstitutionen – inklusive Bezirksverwaltungen und Gemeindebehörden – relevant. Alle Ministerien sollen zudem ihre eigenen detaillierten Arbeitspläne im Einklang mit den SOD-Leitlinien erstellen. Zudem gibt es Katastrophenschutzausschüsse (DMC) auf allen subnationalen Ebenen.

Bei der Umsetzung hat sich Bangladesch weitgehend auf eigene finanzielle Mittel verlassen. Die nationale Regierung nutzt den 2010 eingerichteten Bangladesh Climate Change Trust Fund (BCCTF) zur Verteilung von Finanzmitteln. Bisher hat der BCCTF umgerechnet rund 450 Millionen Dollar ausgezahlt.

Die meisten diesbezüglichen Projekte konzentrierten sich auf Themen wie Wasserinfrastruktur, Ernährungssicherheit und Katastrophenvorsorge. Neben Mehrzweckunterkünften sind auch andere bauliche Infrastrukturen hilfreich, wie etwa Entwässerungs- und Bewässerungskanäle. Auch Flussregulierung und hydraulische Systeme sind wichtig, starke Dämme schützen Menschen und Felder vor Überschwemmungen. Auch Anpassung der Landwirtschaft, Aufzucht und Wiederbewaldung mindern das Katastrophenisiko.

Das Land hat in den letzten Jahrzehnten auch finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Öffentliche Ent-



wicklungshilfe (ODA – official development assistance) und verschiedene Formen von Klimafinanzierung haben Bangladesch geholfen, seine Schwachstellen in Resilienz umzuwandeln. Leider haben Länder mit hohem Einkommen nicht alle Zusagen zur Klimafinanzierung eingehalten (siehe Saileemul Huq im Schwerpunkt der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2022/02).

Bangladesch ist auf dem Weg zur Resilienz weit gekommen, aber es gibt Verbesserungsmöglichkeiten. Der jüngste Sachstandsbericht des Weltklimarates (IPCC) benennt als Problem für Bangladesch, dass die Wirbelstürme künftig häufiger und stärker werden.

Dem IPCC zufolge sind auch Fehlanspassungen an eine veränderte Umwelt bedenklich. Ein Beispiel ist die Garnelenzucht in Bangladesch. Die Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen in Aquakulturteiche brachte kurzfristig Vorteile, doch die Langzeitfolgen wiegen schwerer. Das Geschäft gilt nun als nicht nachhaltig. Künftige Entwicklungspläne müssen besser auf umweltfreundlichen und breit angelegten Wohlstand ausgerichtet sein.

LINK

Government of Bangladesh, 2021: Mujib Climate Prosperity Plan – Decade 2030
https://mujibplan.com/wp-content/uploads/2021/12/Mujib-Climate-Prosperity-Plan_ao-21Dec2021_small.pdf



MD BODRUD-DOZA
 arbeitet für das Internationale Zentrum für Klimawandel und Entwicklung (ICCCAD) an der Independent University in

Bangladesch (IUB).
bodruddoza.env12@gmail.com

PAKISTAN

Klimakrise trifft Baumwollanbau

Pakistan zählt zu den fünf größten baumwollproduzierenden Ländern weltweit – doch die Produktion ging zuletzt stark zurück. Ein Grund dafür ist die Klimaerwärmung. Experten haben Ideen, was jetzt zu tun ist.

Von Imran Mukhtar

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in Pakistan leben von der Landwirtschaft. Laut dem amtlichen Pakistan Economic Survey für das Finanzjahr 2020/21 macht sie 19,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Textilsektor ist laut der Erhebung der Anbau von Baumwolle unverzichtbar. Sie trägt rund 0,6 Prozent zum BIP bei.

Allerdings ging die Baumwollproduktion Pakistans in den vergangenen zehn Jahren um fast die Hälfte zurück, wie die Statistikbehörde (Pakistan Bureau of Statistics – PBS) berichtet: von 13,6 Millionen Ballen im Erntejahr 2011/2012 auf etwa 7 Millionen 2020/2021. Die Fläche für den Baumwollanbau schrumpfte in diesem Zeitraum von etwa 2,8 auf rund 2,1 Millionen Hektar.

Für den Rückgang gibt es mehrere Gründe. Einer der wichtigsten ist laut Experten die Klimaerwärmung. Seit 2015 bedrohe sie zunehmend den Baumwollanbau in Pakistan, erklärt Saghir Ahmad vom Cotton Research Institute (CRI) der Provinzregierung von Punjab. Zum Beispiel setze Starkregen den Pflanzen zu, so dass sogenannte Bt-Baumwolle – eine gentechnisch veränderte Variante – nicht mehr resistent gegen den Roten Baumwollkapselwurm sei.

Die Durchschnittstemperaturen steigen. Zu dieser globalen Fehlentwicklung trägt auch Pakistan bei – durch Abholzung und Reduzierung der Grünflächen wegen starken Bevölkerungswachstums sowie durch Emissionen von Luftschadstoffen, hauptsächlich durch Verkehr und Industrie. Zwar braucht Baumwolle heißes und trockenes Wetter für gutes Wachstum, aber brütende Hitze beeinträchtigt sowohl die Produktion als auch die Qualität der Ernte. Zudem machen hohe Temperaturen die

Pflanzen anfälliger für Schädlinge wie die Weiße Fliege.

Muhammad Arif Goheer vom Think-tank Global Change Impact Studies Centre (GCISC) in Islamabad urteilt: „In Pakistan gibt es von Jahr zu Jahr saisonale Schwankungen, die sich auf die Baumwollproduktion auswirken, sowohl in Form von unerwarteten Regenfällen als auch Trockenheit.“

ANBAU WENIG LUKRATIV

Andere führen die rückläufige Produktion auch darauf zurück, dass der Anbau anderer

Zuckerrohr. „Der Anbau anderer Kulturen in Baumwollanbaugebieten beeinträchtigt auch die Produktivität, weil sich die Mikroumgebung verändert und das Gebiet damit für den Baumwollanbau nicht mehr geeignet ist“, sagt er. Saghir Ahmad von Punjabs CRI fordert, die Regierung solle entweder Subventionen für Betriebsmittel bereitstellen oder deren Preise senken, um Bauern einen Anreiz zum Baumwollanbau zu geben.

Pakistans wachsende Textilbranche muss den Rückgang in der heimischen Baumwollproduktion über Importe ausgleichen. Von den etwa 12 Millionen Ballen Baumwolle, die der Textilsektor von August 2020 bis April 2021 verbrauchte, stammen nach Angaben des Pakistan Central Cotton Committee etwa 5 Millionen aus dem Import. Der Nachteil ist: Die Einfuhr von Baumwolle erhöht die Produktionskosten.



Aussaat von Baumwolle in Punjab.

Pflanzen lukrativer sei. In den vergangenen Jahren seien die Kosten für Betriebsmittel im Baumwollanbau vergleichsweise hoch ausgefallen, bei relativ niedrigem Marktpreis, erklärt Zahid Mahmood vom nationalen Central Cotton Research Institute (CCRI). Entsprechend seien viele landwirtschaftliche Betriebe auf lukrativere Feldfrüchte umgestiegen, etwa Reis, Mais und

Andererseits hat importierte Baumwolle deutliche Qualitätsvorteile. „Die importierte Baumwolle hat eine um zehn Prozent bessere Qualität als die einheimische“, sagt Naseem Usman, Baumwollberater aus Karatschi. Pakistanische Baumwolle sei wegen minderwertigen Saatguts, Belastung durch zweitklassige Pestizide und steigende Temperaturen schlechter.



HOFFNUNG KEIMT AUF

Es gibt aber auch gute Nachrichten. Sowohl die Regierung als auch der Privatsektor sind zuversichtlich, dass die Produktion von Baumwolle in Pakistan in den kommenden Jahren wieder aufleben werde, denn derzeit liegt der Rohstoffpreis wieder höher. Das staatliche Central Cotton Committee schätzt, die Erzeugung werde in diesem Erntejahr ein Drittel höher ausfallen als im vorherigen.

Die Probleme der steigenden Temperaturen allerdings bleiben. Gezielt ver-

bessern ließe sich die Baumwollproduktion dennoch durch die Entwicklung neuer hochtemperaturbeständiger und schädlingstoleranter Saatgutsorten. „Wir müssen genetisch resistentes Saatgut einführen“, sagt etwa Ahmad.

Er bedauert, dass Pakistan aus seiner Sicht zu wenig Geld für Forschung und Entwicklung in dem Bereich ausgibt. Sein Institut habe im vergangenen Jahr eine neue Sorte entwickelt, die gegen den Roten Baumwollkapselwurm resistent ist. „Wir müssen aber noch eine Lösung finden, um die Ernte vor dem Befall durch die Weiße Fliege bei steigenden Temperaturen zu schützen“, sagt er.

Auch zeitliche Anpassungen im Anbau sind eine Möglichkeit, wie CGISC-Fachmann Goheer betont. „Auf der Grundlage der Daten der vergangenen 15 bis 20 Jahre sollte der Zeitpunkt der Aussaat in jedem Bezirk angepasst werden, um die Ernte vor den Auswirkungen der hohen Temperaturen zu schützen“, sagt er. „Ein Mittel zur Verringerung der Auswirkungen der Hitze ist auch die Bewässerung der Pflanzen,

wenn die Temperatur über 40 Grad Celsius steigt.“ Ob genug Wasser bereitgestellt werden kann, ist freilich eine ganz andere Frage. Pakistans Hitzewelle Ende April war jedenfalls kein gutes Omen. Laut Goheer hat sie das für Baumwollplantagen in den Saatsmonaten April und Mai verfügbare Wasser um bis zu 51 Prozent reduziert.

LINKS

- Pakistan Economic Survey 2020/21: 02-Agriculture.pdf** (finance.gov.pk)
- Pakistan Bureau of Statistics, Area and Production of Important Crops: Table 1 Area_production_crops_0.pdf** (pbs.gov.pk)
- Pakistan Central Cotton Committee, Daily Cotton Market Report: daily market report dated as on 31.03.2022.pdf** (ccri.gov.pk)



IMRAN MUKHTAR
 ist Journalist in Islamabad.
imranmukhtar@live.com
 Twitter: @imranmukhtar

Schwierige Arbeitsbedingungen

In Pakistan sind es vor allem Frauen, die Baumwolle pflücken – unter sehr schlechten Bedingungen und zu niedrigen Löhnen. Es fehle an staatlichen Kontrollen und Mechanismen, die anständige Bezahlung ebenso sicherstellen wie Maßnahmen für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiterinnen, beklagen Fachleute aus der Zivilgesellschaft und Entwicklungsprofis.

Genaue Statistiken zu Baumwollpflückerinnen gibt es nicht, weil sie in der Regel informell arbeiten und nicht registriert sind. Allein in Sindh – nach Punjab die zweitgrößte Baumwollprovinz Pakistans – seien etwa eine Million Menschen in der Baumwollpflückerei tätig, schätzt Javed Hussain

von der zivilgesellschaftlichen Sindh Community Foundation. Er vermutet, drei Viertel seien Frauen.

Gearbeitet wird bei sengender Hitze und ohne jegliche Sicherheitsmaßnahmen – obwohl manche der Frauen schwanger sind. Es besteht die Gefahr, sich bei der Arbeit die Hände zu verletzen und in Kontakt mit schädlichen Insekten oder Pestiziden zu kommen.

„Pestizide beeinträchtigen letztlich die Gesundheit der Baumwollpflückerinnen, sie wirken wie ein langsames Gift“, sagte Khalid Mahmood Khokhar, Präsident von Pakistan Kissan Ittehad, einem Bauernverband. Aktivisten für die Rechte der Arbeitnehmenden fordern, dass sowohl die

Landesregierung als auch die Provinzregierungen die zuständigen Landwirtschafts- und Arbeitsministerien mit einbeziehen sollten, um Baumwollpflückerinnen zu Sicherheit und Gesundheit zu schulen.

„Auch Zwangsarbeit spielt bei der Baumwollernte in



Baumwollpflückerin in Sindh.

Sindh eine Rolle“, sagt Akram Khaskheli von der regionalen Hari Welfare Association. Nach seinen Angaben verdienen die Arbeiterinnen etwa 350 bis 500 pakistanische Rupien pro Tag, das entspricht etwa 1,75 bis 2,60 Euro. Dafür müssen sie 40 Kilogramm rohe Baumwolle pflücken, die dort „Phutti“ genannt wird. Mehr könne eine Arbeiterin pro Tag im Schnitt nicht pflücken. „Das ist zu wenig, um über die Runden zu kommen“, sagt Khaskheli.

Er fordert, die Regierung solle zumindest 1000 pakistanische Rupien als Mindestlohn für 40 Kilogramm Baumwolle festsetzen und die Umsetzung dieser Anordnung sicherstellen. „Die Regierung sollte damit anfangen, Baumwollpflückerinnen zu registrieren, um ihnen Gesundheits- und Sozialversicherungsleistungen anbieten zu können.“ IM



Die Ufer des Tanganjikasees sind zunehmend gefährdet.

TREIBHAUSEFFEKT

Massenhafte Klimaflucht

Burundi gehört zu den 20 Ländern, die weltweit am stärksten von der Klimakrise betroffen sind. In den vergangenen zwei Jahren mussten zehntausende Menschen ihre Häuser verlassen, vor allem aufgrund von Überschwemmungen. Behörden und internationale Organisationen bemühen sich um humanitäre Hilfe und Prävention.

Von Mireille Kanyange

Offiziellen Zahlen zufolge wurden 2020 in Burundi mehr als 44 000 und 2021 mehr als 35 000 Menschen durch Extremwetterlagen aus ihren Heimen vertrieben. Rund 90 Prozent von ihnen seien im eigenen Land geblieben. Als Hauptursachen identifizierten die Behörden Hochwasser im Tanganjikasee, dem zweitgrößten See Afrikas, und im Ruzizi, seinem wichtigsten Zufluss.

Die Binnenvertriebenen, die zwar mit Lebensmitteln versorgt werden, aber unter prekären Bedingungen leben, benötigen nun Unterkünfte außerhalb der Überschwemmungsgebiete. Hilfe erhalten sie unter anderem von der Internationalen Organisation für Migration (International Organization for Migration – IOM). Die UN-Organisation hat bisher rund 1600 Familien finanziell dabei unterstützt, ein neues Zuhause zu finden. Laut IOM gehört Burundi

zu den 20 am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffenen Ländern. Es fehle an Geld für humanitäre Hilfe.

Ein IOM-Bericht erfasst die Lebenssituation von rund 113 000 Binnenvertriebenen im Zeitraum von Januar bis November 2021. 83 Prozent von ihnen sind demnach vor Naturkatastrophen geflüchtet, darunter Erdbeben, Starkregen, Stürme und Überschwemmungen. Der Klimawandel gilt als eine Hauptursache.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende Dürre, unter anderem in der Provinz Kirundo im Norden des Landes an der Grenze zu Ruanda. Diese Region leidet schon länger unter den Folgen der Klimakrise. Um ihnen zu begegnen, plant sie – mit Hilfe des UN-Entwicklungsprogramms UNDP – den Bau von Wasserreservoirs in der Gemeinde Busoni. Damit sollen mehr als 5000 Hektar Anbauflächen bewässert werden.

Die von der Dürre betroffenen Menschen in Kirundo helfen sich gegenseitig mit Lebensmitteln und anderen Gütern, die in Solidaritätsaktionen gesammelt werden. Um besser gewappnet zu sein, bauen sie Gemüse am Ufer des Rweru-Sees an, insbesondere rote Zwiebeln. In den vergangenen Jahren flohen die Menschen in Zeiten großer Trockenheit zum Teil nach Ruanda, das ist heute aber nicht mehr der Fall.

Wichtige Hilfe für Menschen, die von Naturkatastrophen betroffen sind, leistet das burundische Rote Kreuz. Die Organisation, die ihre Präsenz in letzter Zeit nochmals ausgebaut hat und nun in allen Gemeinden des Landes vertreten ist, kann sehr schnell erste Hilfe leisten und Menschen evakuieren.

Burundis Regierung begrüßt die Hilfe für Binnenvertriebene durch das Rote Kreuz und die IOM. Der für Katastrophenschutz zuständige Minister Gervais Ndirakobuka appelliert an andere Organisationen, ebenfalls humanitäre Hilfe zu leisten, wann immer Naturkatastrophen auftreten. Auch die Behörden greifen in solchen Fällen ein und helfen Vertriebenen beispielsweise dabei, neue Unterkünfte zu finden, und unterstützen sie finanziell.

Zur Prävention weiterer Überschwemmungen und zum Schutz öffentlicher Infrastruktur will Burundi einen Deich entlang des Tanganjikasees bauen. Außer dem See und seinem Hauptzufluss stellen auch zwei Flüsse eine Gefahr dar, die durch die Wirtschaftsmetropole Bujumbura fließen und Schaden anrichten, wenn sie über die Ufer treten.

Die meisten Flüsse entspringen in den Bergen, und die Regierung empfiehlt Management entlang des Verlaufs. Auch gilt die Stabilisierung der Flussufer mit Hilfe von Weltbank und UNDP als wichtige Präventionsmaßnahme. Sinnvoll ist zudem die Ausweisung von Risikogebieten. Wie ein Ministerialbeamter erklärt, würde ein Ort wie Gatumba, das direkt am See liegt und seit 2020 schwer von Überschwemmungen getroffen wurde, heute nicht mehr als bewohnbar eingestuft werden.

Der Bauingenieur Marc Rugerinyanga fordert, beim Bauen an Hängen die Vorschriften einzuhalten, um Katastrophen zu vermeiden. Seiner Meinung nach muss „wildes Bauen“ verhindert werden. In Bezug auf den See und die Flüsse, die über die Ufer treten und menschliches Leid sowie Sachschäden verursachen, empfiehlt er eine dringende Kartierung der gefährdeten Gebiete und schnelles Handeln, bevor die Regenzeit im September zu weiteren Schäden führt.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und arbeitet bei Radio Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com



Ein Dorfbewohner mit den Überresten seiner toten Kühe in der von Dürre geplagten Region Kilifi County in Kenia, im März 2022.

DÜRRE

Vielfache Verknüpfungen nötig

Am Horn von Afrika herrscht im dritten Jahr in Folge eine verheerende Dürre. Die Erfahrung zeigt: Um die Situation zu bewältigen, muss humanitäre Hilfe nicht nur mit längerfristiger Entwicklung verknüpft werden, sondern auch mit friedensstiftenden Maßnahmen. Unser Autor plädiert für einen noch umfassenderen „nachhaltigen Entwicklungs-Nexus“.

Von Christoph Schneider-Yattara

Die große Hungersnot in Äthiopien in den 1980er Jahren war eine der schlimmsten humanitären Krisen des 20. Jahrhunderts. Zwischen 1983 und 1985 verhungerten schätzungsweise eine Million Menschen. Am schlimmsten betroffen war der Norden des Landes. Dort bildeten die Dürre, Grenzkonflikte und ethnische Spannungen eine tödliche Mischung. Im Laufe der Geschichte gab es immer wieder solche Verquickungen aus menschengemachten und natürlichen Katastrophen – wie aktuell in Ostafrika.

Laut dem Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA – Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) erlebt das Horn von Afrika derzeit eine seiner schlimmsten Dürren der letzten Jahre. Mehr

als 13 Millionen Menschen in Äthiopien, Kenia und Somalia leiden unter schwerer Ernährungsunsicherheit.

Früher gab es in dieser Region alle fünf bis zehn Jahre Dürreperioden, dann alle drei bis fünf Jahre. Jetzt scheinen sie zum Dauerzustand zu werden. 2022 wird wohl das dritte Jahr in Folge sein, in dem es in der kenianisch-äthiopischen Grenzregion, in Afar und in weiten Teilen Somalias in der früher „feuchten“ Jahreszeit kaum regnen wird.

Nicht nur Naturkatastrophen prägten das vergangene Jahrzehnt, sondern auch menschengemachte Krisen. Somalia ist seit 1991 ein fragiler und krisengebeutelter Staat. Im Südsudan brach 2013 ein Bürgerkrieg aus, der die Menschen zur Flucht zwang, unter anderem nach Kenia, Uganda und Äthiopien. Dazu kam 2020 die Covid-19-Pandemie. Und Ende 2020 brach vor allem im Norden Äthiopiens ein Bürgerkrieg aus, der noch andauert.

Solche Formen von Gewalt werden durch Wetterextreme wahrscheinlicher. Unruhen wiederum verschärfen Ressourcenprobleme. Insofern verstärken Naturkatastrophen und menschengemachte Krisen einander. Hilfsorganisationen müssen auf beide reagieren. Die vielen Flüchtlinge und

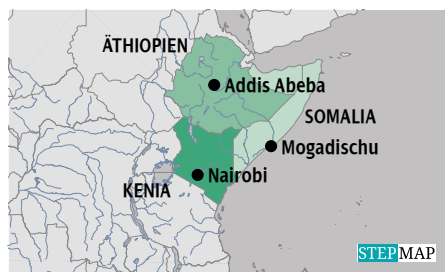
Binnenvertriebenen verschärfen die Lage: Wo Ressourcen knapp sind, sehen Bedürftige in Neuankömmlingen oft eine Konkurrenz.

KLIMABEDINGTE NOTSITUATION

Was am Horn von Afrika geschieht, ist weit hin bekannt. Internationale Organisationen wie OCHA, das UN-Kinderhilfswerk UNICEF sowie Rotes Kreuz und Roter Halbmond berichteten ausführlich über die Katastrophe. Laut OCHA entwickelt sie sich zu „einer der schlimmsten klimabedingten Notlagen in der jüngeren Geschichte am Horn von Afrika“. Vielerorts sind die Lebensgrundlagen erschöpft, die Menschen werden immer schwächer. Sie verkraften keine weitere Nahrungsmittelkrise mehr. OCHA geht davon aus, dass:

- in Äthiopien, Kenia und Somalia täglich bis zu 14,1 Millionen Menschen unter akuter Ernährungsunsicherheit und Wassermangel leiden,
- etwa 5,7 Millionen Kinder unterernährt sind,
- die letzte Getreideernte in Teilen Kenias und Somalias 60 bis 70 Prozent unter Durchschnitt lag und
- mehr als 3 Millionen Nutztiere in den drei von der Dürre betroffenen Ländern verendet sind.

Viele Menschen können nicht mehr von der Landwirtschaft leben – derweil steigen die Lebensmittelpreise. Internationale Entwicklungen wie der Angriff Russlands auf die Ukraine verschärfen die Inflation



und reduzieren die Verfügbarkeit von Weizen und Gerste auf den Weltmärkten drastisch. Auch die Klimakrise richtet immer mehr Schaden an. So könnte die jüngste Hitzewelle in Indien die dortige Weizenernte stark beeinträchtigen und Lebensmittel auf dem Weltmarkt noch teurer machen.

Wie OCHA im März berichtete, greifen Familien am Horn von Afrika zu verzweifelten Mitteln, um zu überleben. Tausende verlassen demnach ihr Zuhause auf der Suche nach Nahrung, Wasser und Weideland. In der Region ist die traditionelle Weidewirtschaft weit verbreitet, sie wird allerdings immer weniger nachhaltig (siehe Kasten). OCHA ruft deshalb zu schnellem Handeln auf, um Leben zu retten und die Menschen resilienter zu machen.

Wie die anhaltende Dürre zeigt, kennen Naturkatastrophen keine Ländergrenzen. Das gilt auch für die Heuschreckenschwärme, die 2020 und 2021 ganze Landstriche von der arabischen Halbinsel bis Ostafrika heimsuchten. Sie wüteten auch in südasiatischen Ländern wie Nepal und Pakistan.

Grundsätzlich richtet die Klimakrise weltweit schon jetzt enormen Schaden an, und am gefährdetsten sind immer die Armen. Hilfs- und Entwicklungsorganisationen fordern das enorm. Laut OCHA haben Hilfsorganisationen um mehr als 4,4 Milliarden Dollar Hilfsgelder gebeten, um damit in diesem Jahr gut 29 Millionen Menschen in Äthiopien, Kenia und Somalia zu versorgen. Wie viel Geld letztlich zur Verfügung stehen wird, bleibt abzuwarten.

Brot für die Welt, die evangelische Entwicklungsorganisation, für die ich arbeite, und mehr noch unsere Schwesterorganisation Diakonie Katastrophenhilfe, helfen in dürregeplagten Gegenden zweifach: bei der Bewältigung von Wasser- und Nahrungsmittelknappheit sowie bei der Stärkung der Resilienz. Unsere Maßnahmen zielen darauf ab, Soforthilfe zu verknüpfen mit Wiederaufbau und Entwicklung (LRRD – Linking Relief with Rehabilitation and Development). Diese Verbindung heißt in der Fachsprache „Nexus“.

Zu den kurzfristigen Maßnahmen zählt die Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln – besonders für stillende Mütter und Kinder – sowie Futter für das Vieh. Zu den längerfristigen Ansätzen gehört es, verbessertes Saatgut bereitzustellen, kommunale Wasserstellen instand zu halten und degradiertes Land wieder fruchtbar zu machen. Es gilt außerdem, Gesundheitszentren und andere soziale Einrichtungen dort aufzubauen, wo sie benötigt werden. Anderorts sind bestehende Einrichtungen schon in guten Zeiten ständig überlastet und benötigen Verstärkung.

In Fachkreisen wird inzwischen ein „dreifacher Nexus“ oder auch „Humanitarian–Development–Peace Nexus (HDP-Nexus)“ diskutiert. Er soll humanitäre und entwicklungspolitische Maßnahmen mit Friedenssicherung verbinden. Zwei wesentliche Erkenntnisse bestimmen diese Debatte:

- Die zugrundeliegenden Probleme hängen zusammen und sollten daher ganzheitlich angegangen werden.
- Der weltweit steigende Bedarf beansprucht die Ressourcen der beteiligten Organisationen zunehmend. Diese müssen daher so effizient wie möglich genutzt werden.

Meiner Meinung nach sollte die internationale Gemeinschaft noch weiter gehen und einen „Nexus der nachhaltigen Gesellschaften“ erwägen. Letztlich sollten wir alle 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) konsequent verfolgen. Das würde die Zyklen der wiederkehrenden Katastrophen verlangsamen und uns manche sogar ganz vom Hals halten.

LINK

UN OCHA, März 2022: Horn of Africa drought: Humanitarian key messages.

<https://reliefweb.int/report/ethiopia/horn-of-africa-drought-humanitarian-key-messages-23-march-2022>



CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA

leitet bei Brot für die Welt das Regionalbüro Horn von Afrika.
csyattara@padd-africa.org

Weidewirtschaft: Kampf um Ressourcen

Viehhirten messen Reichtum an Viehbestand, nicht an Geld. Zwar verkaufen sie auch Produkte aus der Tierhaltung, etwa Milch, Fleisch und Häute. Vieles davon produzieren sie aber für den Eigenbedarf.

In den von Dürre heimgesuchten Regionen Ostafrikas leben die meisten Menschen

als Viehzüchter (siehe Hauptartikel). Sie sind abhängig von ihren Herden, besonders von Kamelen, Rindern und Ziegen. Meist sind es junge Männer, die das Vieh hüten. Sie durchziehen mit ihren Herden weite Gebiete auf der Suche nach Wasser und Weideland. Die Hirten tragen in der Regel Waffen, um

sich und die Tiere zu schützen. In Krisenzeiten überqueren sie auch Ländergrenzen, um das Überleben ihrer Tiere zu sichern. Die Frauen dagegen kümmern sich in den Dörfern um die Alten und die Kinder.

Da lebenswichtige Ressourcen – besonders Wasser und Weideland – immer knapper werden, kommt es zunehmend zu Konflikten mit anderen Hirten und teils auch mit Bauern. Diese Gewalt wird oft im Zusammenhang mit ethnischer, kultureller oder stam-

mesbezogener Zugehörigkeit interpretiert und kann zwischen Gruppen größere Konflikte entfachen. Traditionell kommt es oft zu Racheakten, die weitere Menschenleben und Ressourcen kosten.

Frauen sind besonders gefährdet, da auch Dörfer angegriffen werden. Wegen der Dürre müssen sie zudem extreme Strecken laufen, um Wasser zu holen. Und wenn die Nahrung knapp ist, beschränken sie radikal ihre eigenen Rationen, um ihre Kinder versorgen zu können. CSY



Arbeiterinnen im indischen MGNREGA-Programm, einer Maßnahme zur sozialen Absicherung.

SOZIALPOLITIK

Zweifache Absicherung

Soziale Sicherungssysteme können Benachteiligte gegen Klimarisiken absichern und Klimaschutz sozial gerechter machen. Allerdings fehlen sie gerade dort, wo die Herausforderungen am größten sind.

Von Stefan Beierl

Für viele arme und benachteiligte Menschen weltweit ist die Klimakrise eine zweifache Bedrohung: Erstens sind sie besonders anfällig für Klimarisiken wie häufigere und intensivere Extremwetterereignisse. Zweitens können aber auch Maßnahmen zum Klimaschutz ihrerseits Nachteile und Ungerechtigkeiten mit sich bringen, unter denen diese Menschen besonders leiden. Beim Entschärfen beider Bedrohungen können soziale Sicherungssysteme eine zentrale Rolle spielen. Deshalb gilt es, sie flächendeckend zu etablieren.

Der Begriff „soziale Sicherung“ bezeichnet Maßnahmen wie Grundsicherung – etwa in Form von Geld, Sachleistungen,

Schulspeisungen oder Beschäftigungsprogrammen – oder auch Sozialversicherungen. Sie zielen darauf ab, Menschen durch direkte Unterstützung aus der Armut zu befreien und in allen Lebensphasen vor Armut zu schützen.

Eine Kernaufgabe sozialer Sicherung ist es, die Widerstandsfähigkeit von Menschen gegen Schocks zu stärken. Dazu zählen sowohl individuelle Schocks wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit als auch kollektive Schocks, die viele Menschen gleichzeitig treffen, wie Dürren oder Fluten. Soziale Sicherungssysteme sollten nicht nur auf individuelle, sondern auch auf kollektive Schocks reagieren können. Dafür müssen sie sich an die jeweilige Situation anpassen (adaptieren) können. Man spricht deshalb von „adaptiver sozialer Sicherung“.

In Situationen kollektiver Schocks geht es darum, jene, die bereits Leistungen empfangen, temporär stärker zu unterstützen beziehungsweise die Unterstützung auf zusätzliche Gruppen auszuweiten. Anpassungsfähigen Systemen gelingt das schnell,

flexibel und weitreichend. Idealerweise können sie Schocks sogar antizipieren und so die zusätzliche Unterstützung schon vorab gewähren. Das stärkt die Widerstandskraft vulnerabler Gruppen und kann verhindern, dass Schocks zu Krisen werden.

Damit ein soziales System eine hohe Anpassungsfähigkeit erreicht, müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Dazu zählen:

- Daten- und Informationssysteme, um Risiken und gefährdete Personengruppen zu erfassen,
- eine effektive und robuste Infrastruktur – etwa digitale Zahlungsmethoden –, um Menschen kostengünstig und verlässlich zu erreichen, und
- finanzielle Reserven, um notwendige Gelder schnell bereitzustellen.

Ein Beispiel für adaptive soziale Sicherung ist das multilaterale „Sahel Adaptive Social Protection Program“ (SASPP) der Weltbank, bei dem Deutschland der größte Geber ist. Es läuft in Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, im Senegal und im Tschad. Ziel ist es, die Programme zur Grundsicherung dieser Länder weiterzuentwickeln zu umfassenden und anpassungsfähigen sozialen Sicherungssystemen. Der Fokus des SASPP liegt darin, Ernährungskrisen infolge von Dürren abzuwenden. Als anpassungsfähiges System konnte es aber auch auf die Pandemie reagieren, sodass bis September 2021 mehr als 4,6 Millionen Menschen in der Sahel-Region von zusätzlichen Geldtransfers profitierten.

Grundsicherung lässt sich zudem kombinieren mit Fördermaßnahmen, die es Menschen erlauben, sich an die Folgen der Klimaerwärmung anzupassen, etwa indem sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten diversifizieren. Solche Ansätze werden als „Economic Inclusion“ bezeichnet. Die Partnership for Economic Inclusion (PEI), ein von der Weltbank koordiniertes globales Netzwerk, fördert weltweit derartige Ansätze, beispielsweise im Niger im Kontext des SASPP.

Der Ausbau sozialer Sicherungssysteme entlastet auch die humanitäre Hilfe. Beispielsweise schließen immer mehr Entwicklungsländer Versicherungen gegen Klimarisiken ab (siehe Beitrag von Bleich et al. in dieser Ausgabe), die ihnen im Schadensfall Anspruch auf Finanzhilfen garantieren – etwa bei schweren Dürren. Bislang wird der Großteil dieser Hilfen über die Strukturen der humanitären Hilfe an Bedürftige

ausgezahlt. Es gibt aber Bestrebungen, dass dies zunehmend über bestehende soziale Sicherungssysteme geschieht.

LEHREN AUS DER PANDEMIE

Fast alle Länder haben seit Januar 2020 soziale Sicherungsmaßnahmen ergriffen, um die Folgen der Covid-19-Pandemie abzufedern (Weltbank 2020). Dadurch konnten viele Menschen vor dem Abrutschen in extreme Armut gerettet werden (UNDP 2021). Die Pandemie zeigte somit, dass adaptive soziale Sicherungssysteme das Potenzial haben, kollektive Schocks wirksam abzufedern.

Allerdings offenbarte sie aber auch große Unterschiede. Staaten mit bereits bestehenden, leistungsfähigen Sozialsystemen konnten auf diese Krise recht gut reagieren. Dort, wo die Not am größten ist, fehlen solche Systeme allerdings oft oder stecken noch in den Kinderschuhen. Weltweit haben 53 Prozent der Menschen keinerlei Zugang zu sozialer Sicherung, in Afrika sind es sogar 83 Prozent. Auch bei der Reaktionsgeschwindigkeit und der Finanzierung gibt es noch viel Verbesserungspotenzial.

Gleiches gilt im Hinblick auf die Klimakrise. Insbesondere in Ländern mit hohen Klimarisiken besteht großer Handlungsbedarf beim Ausbau sozialer Sicherung, wie der Weltrisikobericht 2021 illustriert, der jährlich vom zivilgesellschaftlichen „Bündnis Entwicklung Hilft“ herausgegeben wird, einem Zusammenschluss mehrerer Hilfswerke.

Soziale Sicherungssysteme aufzubauen ist eine langfristige Aufgabe. Sie zahlt sich aber aus, wie das Beispiel Kambodscha

zeigt. Deutsche Organisationen, darunter die GIZ, arbeiten dort seit mehr als zehn Jahren mit der Regierung an der Identifizierung armer Haushalte und am Armutsregister IDPoor. Während der Pandemie konnten im Mai 2020 binnen zehn Tagen 50 000 Menschen zusätzlich in das System aufgenommen werden. IDPoor ermöglichte bislang die schnelle Auszahlung von Geldsendungen an mehr als 2 Millionen Menschen.

SOZIAL GERECHTER KLIMASCHUTZ

Die Klimakrise erfordert, dass wir unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung transformieren – hin zur Klimaneutralität. Eines der Grundprinzipien der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) ist, dass auf diesem Weg niemand zurückgelassen wird („Leave No One Behind“). Gleichwohl können Klimaschutzmaßnahmen mit sozialen Härten einhergehen. Beispielsweise gehen Arbeitsplätze in fossilen Industrien verloren und Preise können steigen.

Das bedroht nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Maßnahmen selbst, weil es sie politisch schwerer durchsetzbar macht. Treffen sie breite Teile der Bevölkerung, können sie ohne sozialen Ausgleich an Protesten scheitern. Adaptive soziale Sicherungssysteme können hier stabilisierend wirken, indem sie soziale Härten gezielt abfedern. So helfen sie, die ökologische Transformation sozial gerecht zu gestalten, und ermöglichen sie politisch. Bislang gibt es allerdings kaum Beispiele für eine solche gezielte Verschränkung von Klimaschutz und sozialer Sicherung. Meist beschränkt sich die Abfederung auf direkte Jobverluste,

etwa im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg.

In einem anderen Kontext werden Instrumente der sozialen Sicherung dagegen bereits genutzt, um Klimaschutzziele zu verfolgen: Sogenannte Payments for Ecosystem Services (Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen) knüpfen Geldzahlungen an die Bedingung, dass bestimmte Schutzmaßnahmen ergriffen oder auch klimaschädliche Handlungen unterlassen werden, etwa exzessive Abholzung. Auch immer mehr öffentliche Beschäftigungsprogramme fokussieren sich auf „grüne“ Arbeitsmaßnahmen. Zwei bekannte Beispiele sind Indiens MGNREGA-Programm und Äthiopiens Productive-Safety-Net-Programme.

Spätestens seit den Erfahrungen der Pandemie ist klar, wie wichtig anpassungsfähige soziale Sicherungssysteme sind, um auf kollektive Schocks reagieren und Folgeschäden minimieren zu können. Angesichts steigender Klimarisiken wird ihre Bedeutung weiter zunehmen. Daher ist es jetzt nötig, sektorübergreifend auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten, um bestehende Sicherungssysteme zu stärken und Lücken in der Abdeckung zu schließen. Dafür braucht es insbesondere konzentrierte Anstrengungen an den Verbindungsstellen zwischen sozialer Sicherung, humanitärer Hilfe, Klimawandelanpassung, Klimarisikofinanzierung und Katastrophenrisikomanagement.

QUELLEN

Weltbank, 2020: Social protection and jobs responses to COVID-19: A real-time review of country measures. Washington, DC.

<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/33635>

UNDP, 2021: Mitigating poverty: Global estimates of the impact of income support during the pandemic.

<https://www.undp.org/library/dfs-mitigating-poverty-global-estimates-impact-income-support-during-pandemic#modal-publication-download>

Bündnis Entwicklung Hilft, 2021: Weltrisikobericht 2021.

<https://weltrisikobericht.de/download/2514/>



Soziale Sicherung schützt vor kollektiven Schocks wie Fluten.



STEFAN BEIERL
arbeitet als Berater für soziale Sicherung für die GIZ.

stefan.beierl@giz.de



Der Ort Dernau im Ahrtal wurde im Juli 2021 nahezu komplett geflutet.

KATASTROPHENSCHUTZ

Aus Schaden klug werden

Die Flutkatastrophe im Ahrtal im Sommer 2021 hätte weniger schlimm ausfallen können, wenn die Verantwortlichen Lehren aus der Geschichte gezogen hätten. Auch von anderen Ländern kann sich Deutschland in Sachen Katastrophenschutz eine Scheibe abschneiden.

Von Wolf R. Dombrowsky

Am 14. und 15. Juli 2021 kam es aufgrund extremer Regenfälle in Teilen Westeuropas zu katastrophalen Überschwemmungen. In Deutschland starben mehr als 180 Menschen, über 800 Menschen wurden teils schwer verletzt. Die materiellen Schäden liegen im zweistelligen Milliardenbereich. Besonders stark traf es Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Allein an der Ahr, einem Nebenfluss des Rheins, starben 134 Menschen. Im Ahrtal wurden die schlimmen Auswirkungen dieser Naturkatastrophe leider begünstigt durch eine weitere Katastrophe: die Unfähigkeit zu lernen.

Lernen können hätte man, erstens, von der allgemeinen Geschichte: Flüsse spielen im Kontext von Besiedelung seit jeher eine zentrale Rolle. Allerdings haben Bevölke-

rungswachstum, Industrialisierung und sektorale Arbeitsteilung die Fließgewässer auf einseitige Nutzungsinteressen reduziert. Dies gilt für viele Regionen der Welt, auch in Deutschland. Immer schärfere Interessenskonflikte führten dazu, dass Flüsse begradigt und kanalisiert wurden, Böden versiegelt und der unmittelbare Risikobereich bebaut. Insbesondere fielen Retentionsräume weg, also Flächen neben den Flüssen, auf denen sich Wasser bei Überflutung ausbreiten kann. All das steigert das Potenzial für schwere gesundheitliche und materielle Schäden bei Überschwemmungen.

Zweitens hätten die Verantwortlichen Lehren aus der jüngeren deutschen Geschichte ziehen können. Deutschland hat durchaus Erfahrung mit Hochwässern, etwa an Rhein, Maas, Elbe, Donau oder Neckar. Hierzu hat insbesondere das Deutsche Komitee für Katastrophenvorsorge (DKKV), eine nationale Plattform aus Behörden, Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, wichtige Beiträge erarbeitet. Aus verschiedenen Bundesländern liegen Erfahrungsberichte vor. Als beispielhaft kann das Hochwasser- und Talsperrenmanagement angesehen werden,

das Sachsen seit der Flutkatastrophe an der Elbe 2002 entwickelt hat.

Ein weiteres Beispiel ist die Studie „Stromlagen“. Sie entwarf bereits 2008 verschiedene Szenarien, um Lösungen für unterschiedliche Nutzungsinteressen des Rheins zu entwickeln, darunter Arbeiten, Wohnen, Verkehr, Freizeit, Ökologie und Hochwasserschutz. Dazu gehören unter anderem Risikokartierungen mit Simulationen von Überschwemmungen und ein einheitliches Wassermanagement über zusammengehörige Einzugsgebiete hinweg. Es mangelt also nicht an Informationen – man muss sie allerdings zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln. Eine der wichtigsten Lehren aus der Vergangenheit besteht darin, dass Flüsse nur ein Element von vielen im „System Wasser“ sind. Sie sind zu verstehen als Bestandteile verzweigter Wassereinzugsgebiete und als dynamische Systeme, von der Quelle bis zur Mündung.

BLICK AUF ANDERE LÄNDER

Drittens lohnt sich für Deutschland ein Blick auf das, was andere Länder im Katastrophenschutz leisten. Grundsätzlich gilt: Je wohlhabender Gesellschaften sind, desto größer sind die Sachschäden. Je geringer das Einkommen einer Gesellschaft, desto mehr Menschen verlieren ihr Leben oder ihre Gesundheit. Dies trifft selbst auf Länder wie Bangladesch und China zu, die seit Jahrzehnten große Anstrengungen

unternehmen, um Wasser durch gezielte Maßnahmen zu regulieren – innergesellschaftlich wie auch multilateral. Beide Länder haben große Fortschritte im Hochwasserschutz erzielt, etwa durch Systeme von Deichen und Schleusen, Kanäle, Ausdehnungsräume, angepasste Bauweisen sowie ein wirksames Informations-, Warn- und Evakuierungssystem. Davon ließe sich auch in Deutschland lernen.

Auf der Suche nach Verbesserungspotenzial kann insbesondere auch Japan als Beispiel dienen. Das Land verfügt über eine landesweite, elektronisch verfügbare Risikokartierung mit der Möglichkeit, spezifische Gefährdungen zu simulieren, darunter Flutverläufe, Hangrutschungen, Erdbeben oder Tsunamis. Japan betreibt zudem ein einheitliches, flächendeckendes Informations- und Warnsystem. Die Bevölkerung wird bereits im Kindergarten zu Gefährdungen – vor allem Erdbeben – geschult und trainiert bis ins hohe Alter durch regelmäßige Übungen auf Nachbarschaftsebene. Flucht- und Evakuierungsrouten sind ausgewiesen, Sammelstellen mit Verpflegung und medizinischer Hilfe werden vorgehalten. In allen Kommunen gibt es Krisenzentren, deren Personal regelmäßig geschult und geprüft wird. All das ist auch für die Gefährdungslagen Deutschlands wünschenswert.

Im Ahrtal hätte man schließlich, viertens, auch aus der besonderen Geschichte der Region lernen können. Für die Ahr finden sich neben den regelmäßigen jahreszeitlichen Hochwässern in historischen Quellen 64 überdurchschnittliche Pegel, davon besonders schwere Sommerhochwässer in den Jahren 1601, 1804 und 1910. Es war bekannt, dass das Zusammenwirken von Gewittern, Niederschlägen und dem starken Gefälle der Ahr sowohl extreme Scheitelwellen bewirkt als auch hohe Fließgeschwindigkeiten. Erstere haben große Zerstörungskraft, Letztere reduzieren die Zeit, um die Bevölkerung zu warnen und zu reagieren.

MÄNGEL UND VERSÄUMNISSE

Von all diesen Erkenntnissen war im Ahrtal leider nichts zu sehen. Obgleich zutreffende Warndaten vorlagen, wurden sie ineffektiv übermittelt und kamen bei der Bevölkerung nicht an. Die Krisen- und Katastropheneinheiten der Kommunen wurden viel zu spät

alarmiert und einberufen. Die handwerklichen Mängel, von der Erkundung der Lage bis zu ihrer Darstellung, waren vielerorts erheblich. Die Erkenntnisse der Einsatzkräfte versickerten. Auch eine überörtliche Einsatzkoordination ließ extrem lange auf sich warten, mit der Folge, dass die nötige Zusammenarbeit über Organisationen hinweg ausblieb. vielerorts übernahmen stattdessen unorganisierte Spontanhelfer alle Aufgaben, die eigentlich vom regulären Katastrophenschutz zu erwarten sind.

Angesichts der Vielzahl erheblicher Mängel und Versäumnisse stellt sich die Frage, ob die Verluste an Leben, Gesundheit und Sachwerten vermeidbar gewesen wären. Ganz sicher hätte bei einem effektiven und rechtzeitig agierenden Warnwesen niemand umkommen müssen. Durch einen präventiven und organisierten Katastrophenschutz hätten Ausfälle und Folgeschäden deutlich verringert werden können.

Allgemein fehlt es dem deutschen Katastrophenschutz an realistischem Üben, kompetenter Führung und vor allem eingespielter Kooperation über die Egoismen einzelner Organisationen hinweg. Die Schäden an Infrastruktur und Bebauung im Ahrtal haben dagegen strukturelle Ursachen. Sie sind nur mit grundlegenden Veränderungen zu beseitigen, durch die sich auch der typische Charakter dieser Weinanbauregion veränderte, teils sogar verlor. Dies gilt es abzuwägen.

WIEDERAUFBAU IN GEFAHRENZONE

Auch andere Abwägungen stehen an – etwa in der Frage, wo in Zukunft noch gebaut werden darf. Im gesamten Ahrtal stehen für Retentionsräume wie auch für ausweichende Bebauungen keine Flächen zur Verfügung. Binahe zwangsläufig wird deshalb an den alten, gefährdeten Orten wieder aufgebaut, mit politischer Duldung und finanzieller Hilfe von Staat, Versicherern und Spendern. Ausnahmeregelungen ermöglichen ein „wie vorher“ und legen damit buchstäblich den Grundstein für die nächste Katastrophe. Die Versicherer verstärken dies, indem sie oft die Wiederherstellung des Bisherigen bevorzugen gegenüber Erneuerungen, durch die sich die gleichen Schäden vermeiden ließen.

Ganz offensichtlich gelingt es im Ahrtal also nicht, einen übergeordneten, verunfthbasierten Katastrophenschutz gegen



Katastrophenschutzübung in Japan.

die Beharrungskräfte des Naheliegenden durchzusetzen. Bezeichnend dafür sind auch die Reaktionen der Verantwortlichen: Sie üben sich in Schönfärberei und spielen das „blame game“, beschuldigen sich also gegenseitig. Vorgeblich hätte man mit dieser Niederschlagsmenge und dieser Geschwindigkeit nicht rechnen können und prinzipiell sei man „gut aufgestellt“, vor allem habe man getan, was man konnte. In der Katastrophenforschung sind diese Muster bekannt. Allzu oft sind die anderen oder unbeeinflussbare Umstände schuld, wohingegen man selbst alles richtig gemacht habe.

Die Verantwortlichen müssen ihre Einstellung ändern und sich offen und ehrlich mit den Konsequenzen dieser Katastrophe auseinandersetzen, um künftiges Leid zu vermeiden. Schaden macht nur dann klug, wenn man auch klüger werden will.

QUELLEN

Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge: <https://www.dkkv.org>
Montag Stiftung Urbane Räume (Hg.), 2008: Stromlagen. Urbane Flusslandschaften gestalten. Bonn, Basel, Boston, Berlin, Birkhäuser Verlag.



WOLF R. DOMBROWSKY ist Professor für Katastrophenmanagement an der Steinbeis-Hochschule in Berlin. Er berät Organisationen, Behörden, Ministerien, Polizei und Bundeswehr zum Umgang mit Katastrophen. wdbrom@gmail.com

FACHLITERATUR

Die Klimagefahren nehmen schnell zu

Wissenschaftler und Umweltorganisationen warnen immer wieder, dass die globale Erwärmung extremes Wetter mit katastrophalen Folgen verursacht. Um gegenzusteuern muss die Menschheit endlich geeignete Maßnahmen ergreifen.

Von Mahwish Gul

Die bereits eingetretenen Veränderungen in den weltweiten Ökosystemen sind gravierend: Wie aus einem Bericht des UN-Umweltprogramms (UNEP – United Nations Environment Programme) hervorgeht (UNEP, 2022), hat die Arktis seit Beginn der Satellitenmessungen vor 40 Jahren bereits etwa die Hälfte der Meereisfläche verloren.

Auch in der Antarktis gab es noch nie so wenig Eis seit Beginn der Messungen im Jahr 1979. Wenn die Erwärmung des Klimas in der jetzigen Geschwindigkeit weitergeht, wird der Arktische Ozean laut UNEP-Bericht bis 2050 eisfrei sein.

Die globale Erhitzung führt auch zu immer mehr Waldbränden, selbst in Gebieten, in denen sie bisher eher selten waren. 2019 und 2020 gab es im Osten Australiens und an der Westküste der USA eine rekordverdächtige Anzahl von Waldbränden in nie dagewesenem Ausmaß. Einem aktuellen UNEP-Report (2022, 2) zufolge könnten katastrophale Waldbrände bis 2050 um bis zu ein Drittel und bis zum Ende des Jahrhunderts um fast zwei Drittel zunehmen, wenn die Emissionen nicht zurückgehen.

In Ostafrika registrieren Satelliten derzeit die größte Hitze und den geringsten Niederschlag seit Einführung der Technik. Schätzungsweise 25 Millionen Menschen sind von Ernährungs- und Wassermangel bedroht (siehe Christoph Schneider-Yattara auf Seite 27).

Die Wasserkreisläufe verändern sich und machen trockene Gebiete noch trockener. Auch Teile Lateinamerikas und Westasiens werden derzeit von verheerenden Dürren heimgesucht. Laut einem Bericht

der Weltorganisation für Meteorologie (World Meteorological Organization, 2021) leiden 70 Länder in einem durchschnittlichen Jahr unter Dürre.

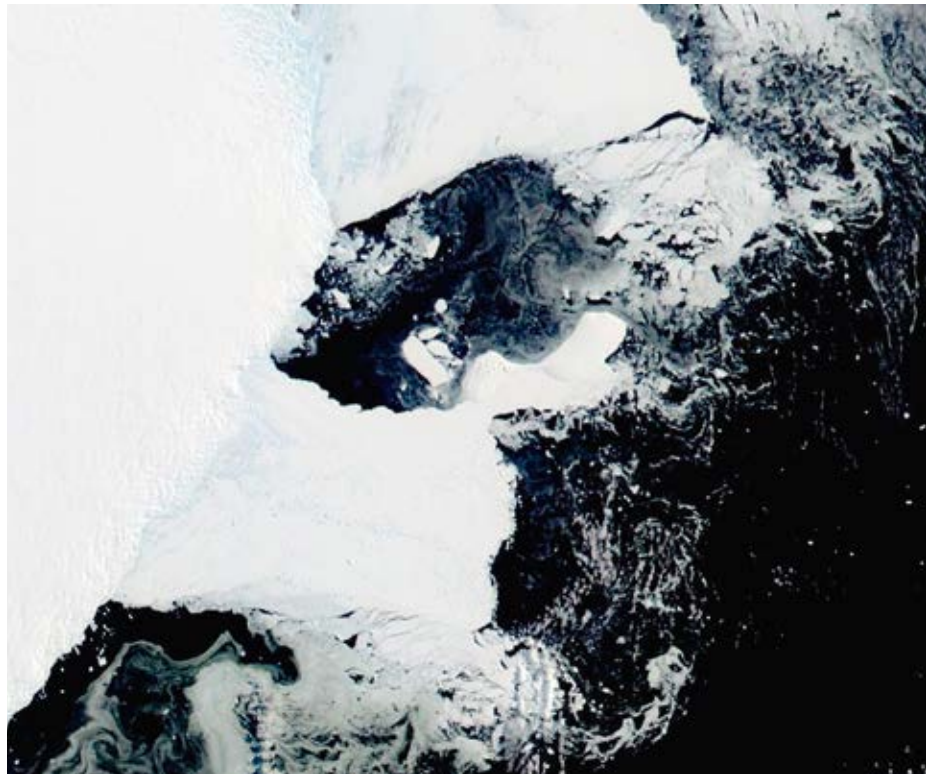
Andere Teile der Welt werden von sintflutartigen Regenfällen heimgesucht. Südafrika erlebte vor kurzem die wasser-

als normal. 2020 war das fünftregereichste Jahr im Vereinigten Königreich, und sechs der zehn nassesten Jahre lagen in den vergangenen 20 Jahren.

Weltweit hat die Zahl der Überschwemmungskatastrophen laut der Weltorganisation für Meteorologie seit dem Jahr 2000 um 134 Prozent zugenommen, während die Zahl und Dauer der Dürren um 29 Prozent gestiegen ist.

1,5-GRAD-SCHWELLE

In seinem sechsten Sachstandsbericht warnt das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), dass die globalen Temperaturen seit Beginn der Industrialisierung



Dieses Satellitenbild vom März 2022 zeigt einen kollabierten Eisschelf von der Größe New Yorks in der Ostantarktis, einem Gebiet, das lange Zeit als stabil galt.

reichste Regenzeit seiner Geschichte – mit todbringenden Überschwemmungen. Die australische Metropole Sydney verzeichnete diesen März den regenreichsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Es kam zu zerstörerischen Sturzfluten. Für den Osten der USA zum Beispiel war 2021 ein ungewöhnlich nasses Jahr. In Indien regnete es im vergangenen September 129 Prozent mehr

aufgrund menschlicher Aktivitäten um 1,1 Grad gestiegen sind. Dass die 1,5-Grad-Grenze überschritten wird, ist sehr wahrscheinlich.

Wie UN-Generalsekretär António Guterres in seinem Vorwort feststellte, „befinden wir uns auf der Überholspur zur Klimakatastrophe“. Er rief die Staats- und Regierungschefs der Welt nachdrücklich

dazu auf, „mit der Verbrennung unseres Planeten aufzuhören und in die reichlich vorhandenen erneuerbaren Energien zu investieren“.

Wissenschaftler warnen, dass die globale Erwärmung außer Kontrolle geraten und unumkehrbar eskalieren wird, wenn wir bestimmte Kipppunkte überschreiten. Das Abschmelzen des grönländischen Eisschildes, das Ende der Meeresströmungen oder die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes hätten demnach kaskadenartige Auswirkungen.

Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen, schlossen 195 Länder vor sieben Jahren das Pariser Abkommen zum Klimawandel. Erklärtes Ziel war es, die globale Erwärmung „deutlich unter zwei Grad“ zu halten und möglichst nicht über 1,5 Grad hinauszugehen. Die Regierungen verpflichteten sich, Aktionspläne mit national festgelegten Beiträgen zu globalen Klimaschutzmaßnahmen zu erstellen und umzusetzen.

Als der Klimagipfel in Glasgow im vergangenen Jahr Bilanz zog, wurde allgemein ein Scheitern eingeräumt. So erklärte UNEP

bei der Bewertung der Gipfelergebnisse in einer Pressemitteilung, dass die neuen und aktualisierten Verpflichtungen von 120 Ländern die für 2030 prognostizierten Emissionen nur um 7,5 Prozent senken würden. Um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, wären allerdings 55 Prozent erforderlich.

Laut dem jüngsten UNEP Emissions Gap Report sind zehn große Volkswirtschaften für zwei Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. China, die EU (als eine einzige Volkswirtschaft gezählt) und die USA sind für 41,5 Prozent verantwortlich. UNEP betont, dass der Klimaschutz von den Maßnahmen in diesen riesigen Märkten abhängt – und dass es immer noch möglich ist, das globale Klima zu stabilisieren.

Naturbasierte Lösungen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz haben laut UNEP großes Potenzial. Zugleich müssen Wälder und andere Ökosysteme wiederhergestellt werden. Die UN-Organisation macht deutlich, dass Investitionen, Subventionen und auch die Nutzung fossiler Brennstoffe eingestellt werden müssen.

LINKS

UNEP, 2021: Emissions Gap Report 2021

<https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2021>

UNEP, 2021, press release: COP 26 ends with agreement but falls short on climate action

<https://www.unep.org/news-and-stories/story/cop26-ends-agreement-falls-short-climate-action>

UNEP, 2022: Foresight brief 28

<https://data.unep.org/article/foresight-briefs>

UNEP, 2022,2: Spreading like wildfire: The rising threat of extraordinary landscape fires

<https://www.unep.org/resources/report/spreading-wildfire-rising-threat-extraordinary-landscape-fires>

World Meteorological Organization, 2021: State of climate services – water.

https://library.wmo.int/doc_num.php?explnum_id=10826



MAHWISH GUL

ist Beraterin mit dem Schwerpunkt Entwicklungsmanagement. Sie lebt in Nairobi.

mahwish.gul@gmail.com



Folgen Sie uns auf
Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.

www.twitter.com/forumdc



Foto: picture-alliance/empics/Yuri Mok